



V 6458 E

31a

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

28. Jahrgang · Heft 1

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Januar 1976

Grafik des Monats: Agrarproduktion in Land und Bund

Aufsätze: Verarbeitende Industrie 1975
Haushalte und Wohnungen
Geflügelwirtschaft
Ackerschlepper und Feldmaschinen

Kurzberichte: Sozialhilfeempfänger

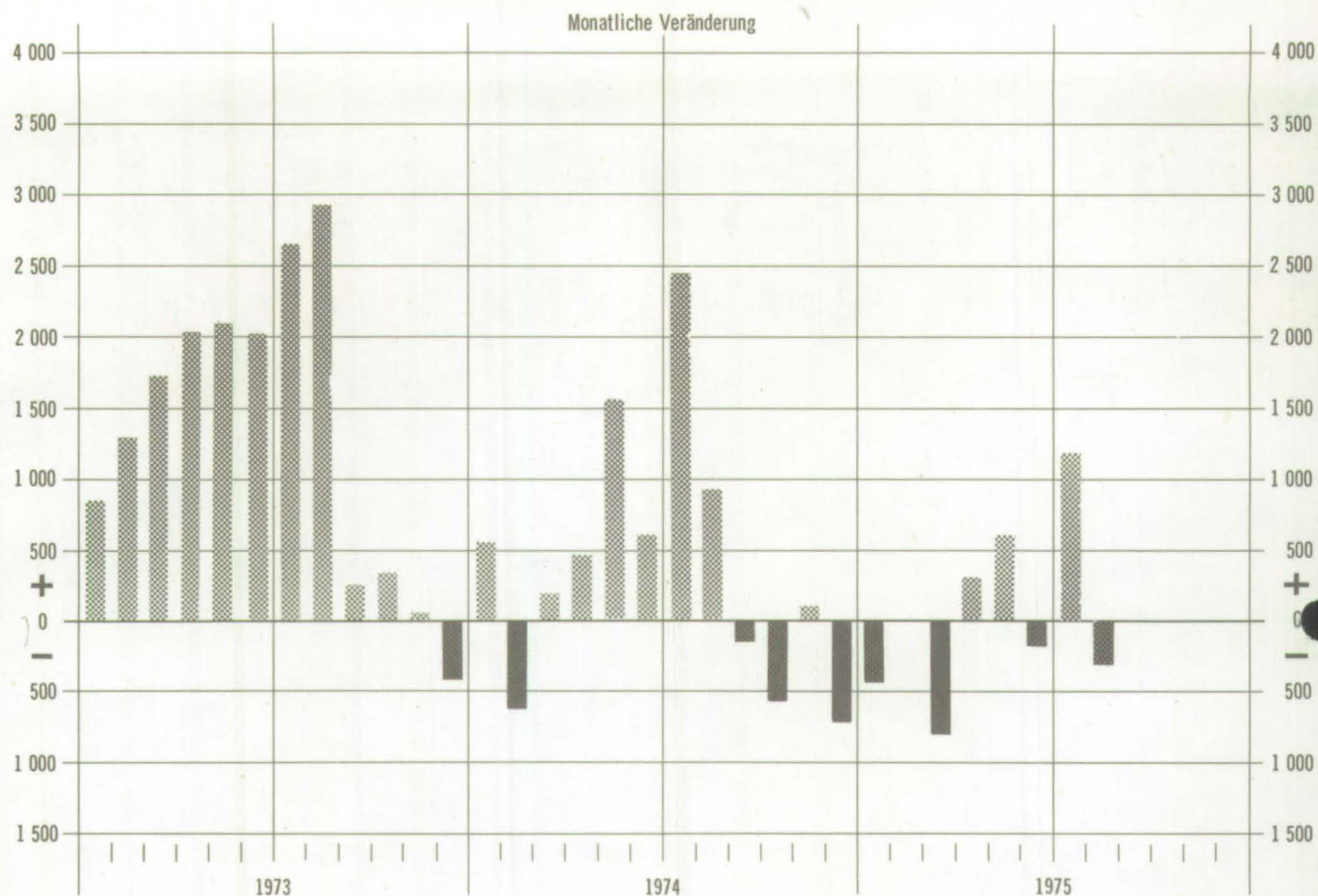
BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



INHALT 1/76

	Seite
Aktuelle Auslese	1
Aufsätze	
Die verarbeitende Industrie 1975	2
Die Haushalte und ihre Wohnungen 1972	5
Die Geflügelwirtschaft in Schleswig-Holstein	10
Die Verwendung von Ackerschleppern und Maschinen für die Feldwirtschaft	18
Kurzberichte	
91 000 Sozialhilfeempfänger	24
Grafik des Monats	12
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 7 / 1975

- Apotheken
- Landtagswahl (Teil 2)
- Studenten in einem 2. Studium
- Auszubildende Industrie
- Umweltschutz-Investitionen
- Aktuelles aus der Industrie

Heft 8/1975

- Landtagswahl (Teil 3)
- Erwerbstätige und Beruf (Teil 2)
- Milcherzeugung
- Landwirtschaft: Ausbildung und Buchführung

Heft 9/1975

- Getreide- und Rapsernten 1974 und 1975
- Sozialprodukt (Teil 2)
- Nord-Ostsee-Kanal 1974
- Spareinlagen
- Erkrankungen an Gelbsucht

Heft 10/1975

- Investitionen Baugewerbe
- Erwerbstätige und Beruf (Teil 3)
- Grenz-Reiseverkehr
- Lohnsummensteuer

Heft 11/12 - 1975

- Allgemeinbildende Schulen
- Schülerprognose
- Hochschulstatistik
- Lehrer-Studenten
- Studentendatei und Studentenstatistik



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

28. Jahrgang · Heft 1

Januar 1976

Aktuelle Auslese



20 400 Studenten

Im Wintersemester 1975/76 waren an den Hochschulen in Schleswig-Holstein insgesamt knapp 20 400 Studenten immatrikuliert.

Das sind gut 1 400 (7 %) Studenten mehr als im Sommersemester 1975 und knapp 1 000 (5 %) mehr als im Wintersemester 1974/75.

Die höchste Zuwachsrate erreichte die Universität in Kiel. Sie hatte im Wintersemester 1975/76 11 750 Studenten und somit über 1 400 (14 %) Studenten mehr als im Sommer 1975. Während sich die Studentenzahl an der Pädagogischen Hochschule Kiel leicht erhöhte (+ 66 Studenten), ging sie an der Pädagogischen Hochschule Flensburg ein wenig zurück (- 29 Studenten). Auch an den beiden kleinsten Hochschulen im Lande - Medizinische Hochschule Lübeck und Musikhochschule Lübeck - haben sich die Studentenzahlen nur unmerklich verändert. Die rückläufige Entwicklung an den Fachhochschulen insgesamt hält jedoch weiterhin an. Ihre Studentenzahl ist im Wintersemester 1975/76 unter 4 000 gesunken.



Schöner Sommer, viele Gäste

Im Sommerhalbjahr 1975 (Anfang April bis Ende September) verzeichneten die schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrsorte die bisher höchsten Gäste- und Übernachtungszahlen. In den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren der 171 Berichtsgemeinden wurden insgesamt 2,24 Mill. Gäste mit 20,75 Mill. Übernachtungen gezählt, das sind jeweils 6 % mehr als im Sommerhalbjahr 1974.

Durch die erhebliche Zunahme der Übernachtungen im Mai (+ 19 %) und Juni (+ 9 %) nahmen in der Vorsaison die Fremdenübernachtungen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 6 % zu. Das anhaltend schöne Sommerwetter führte auch in den Hauptmonaten der Saison, Juli und August, zu einem verstärkten Besuch der Fremdenverkehrsorte. Im Juli erhöhte sich die Zahl der Übernachtungen um 12 % und im August um 2 %. Der unterschiedliche Zuwachs in diesen Monaten dürfte hauptsächlich auf die gegenüber 1974 geänderte Ferieneinteilung zurückzuführen sein.

Studenten (einschl. Nebenhörer)		
WS 1974/75	SS 1975	WS 1975/76

Universität Kiel	10 630	10 308	11 750
Medizinische Hochschule Lübeck	264	290	313
Pädagogische Hochschule Kiel	3 070	3 097	3 163
Pädagogische Hochschule Flensburg	1 039	1 063	1 034
Musikhochschule Lübeck	233	227	231
Fachhochschulen insgesamt	4 189	4 003	3 905
Alle Hochschulen in Schleswig-Holstein	19 425	18 988	20 396



Zunahmen der Großviehbestände

Eine Schnellaufbereitung der erhobenen Daten aus der allgemeinen Viehzählung vom Dezember 1975 ergibt gegenüber der Zählung von 1974 Zunahmen der Bestände an Pferden (+6,8 %), Rindern (+ 1,3 %), Schafen (+ 6,9 %) und Schweinen (+ 3,4 %). Damit zeigte sich auch beim Schweinebestand wieder eine Aufwärtsentwicklung, nachdem dieser noch vor einem Jahr in stärkerem Maße reduziert worden war. Insgesamt wurden in Schleswig-Holstein 30 600 Pferde und Kleinpferde, 1,53 Mill. Rinder, darunter 504 000 Milchkühe, 121 000 Schafe und 1,62 Mill. Schweine gezählt.

Die verarbeitende Industrie 1975

Zwischenbilanz* für ein Jahr wirtschaftlicher Rezession

Rezessive Erscheinungen waren 1975 in den Volkswirtschaften der meisten großen Industrienationen zu beobachten. So blieb auch das Volumen des Außenhandels der Bundesrepublik, an dessen kontinuierliche, durchweg hohe Zuwachsraten man über viele Jahre hinweg gewöhnt war, im letzten Jahr um 7% hinter der 1974 ausgetauschten Gütermenge zurück. Während der Import stagnierte, verringerten sich die Exporte um mehr als ein Zehntel. Der dadurch eingetretenen Nachfrageglücke stand kein entsprechender realer Anstieg des Inlandsabsatzes gegenüber, so daß sich zwangsläufig ein Rückgang der Geschäftstätigkeit ergab. Zur allgemeinen Schwäche des Inlandmarktes trugen mehrere Faktoren gleichzeitig bei:

- Geringe Investitionsneigung der Wirtschaft
- Anhaltend schlechte Baukonjunktur
- Kaufzurückhaltung der Privathaushalte.

Die Auswirkungen dieser Situation auf die Beschäftigung sind nicht zu übersehen: Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik verdoppelte sich im Vorjahresvergleich, unterschritt zu keinem Zeitpunkt die Millionen-grenze und erreichte ein in den vergangenen zwei Jahrzehnten - von kurzfristiger Winterarbeitslosigkeit abgesehen - nicht gekanntes Ausmaß. Diese Entwicklung war von Kurzarbeit erheblichen Umfangs begleitet.

Bemühungen, die Wirtschaft durch Investitionshilfen, Lockerung der Kreditbremsen und Erhöhung der öffentlichen Ausgaben zu beleben, vermochten einen grundsätzlichen Wandel nicht herbeizuführen. Nachdem der Preisanstieg für Industrieerzeugnisse - angeheizt durch die Entwicklung der Öl- und anderer Rohstoffpreise - 1974 zu zweistelligen Teuerungsraten geführt hatte, trat 1975 in dieser Hinsicht allerdings eine spürbare Beruhigung ein.

Kräftiger Beschäftigtenabbau

An der Beschäftigung der Industrie in unserem Lande sind die Auswirkungen des Konjunkturabfalls in der Bundesrepublik natürlich nicht spurlos vorübergegangen: Absatz und Produktion waren überwiegend rückläufig, und eine nicht geringe Zahl von Betrieben stellte die Fertigung völlig ein. Im Jahresdurchschnitt 1975 waren in den schleswig-holsteinischen

Industriebetrieben¹ 177 000 Personen tätig, 10 000 oder 5% weniger als 1974². Bezogen auf den Endstand der beiden Vergleichsperioden, den 30. September, war der Rückgang noch stärker (11 000 oder 6%). Während Angestellte bisher nur in geringem Umfang vom Personalabbau betroffen waren, verringerte sich die Zahl der Arbeiter um 7%. Prozentual am stärksten wurde der Personaleinsatz im Verbrauchsgütersektor (- 10%) eingeschränkt, am geringsten im Investitionsgüterbereich (- 2%). Auch die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (- 8%) und selbst die Hersteller von Nahrungs- und Genußmitteln (- 6%) reduzierten ihre Belegschaften beträchtlich. Im Durchschnitt des Bundesgebiets sank die Zahl der Industriebeschäftigten (- 6,5% = 535 000) erheblich stärker als in Schleswig-Holstein.

Kurzarbeit statt Überstunden

Das Entwicklungsbild vom Beschäftigteneinsatz wird noch deutlicher, wenn man anstelle der Beschäftigtenzahlen die der geleisteten Arbeitsstunden vergleicht, weil Mehrarbeit einerseits und Kurzarbeit andererseits dann ihren Niederschlag finden. Indem die Summe der geleisteten Stunden (- 10%) überproportional zur Zahl der Arbeiter (- 7%) zurückging, verbrachten die Arbeiter 1975 mit 35 Wochenstunden durchschnittlich gut eine Stunde weniger an ihrem Arbeitsplatz als 1974; in den Bereichen Grundstoffe und Produktionsgüter sowie Investitionsgüter waren es fast zwei Stunden weniger. Die Tendenz zu verkürzter Arbeitszeit war in der Papier- und Pappeerzeugung am ausgeprägtesten; hier bewirkte Kurzarbeit einen Rückgang um durchschnittlich sieben Wochenstunden. Selbst im Schiffbau, wo es keine Beschäftigungs-sorgen gab, sank die wöchentliche Arbeitszeit um zwei Stunden, was auf den Abbau von Überstunden zurückzuführen sein dürfte.

Personalkosten nur wenig angestiegen

Infolge der Freisetzung von Beschäftigten stieg die Summe der Löhne und Gehälter (+ 2%) geringer an, als die Erhöhung der Tarife hätte erwarten lassen. Im Verbrauchsgütersektor sowie im Grundstoff- und Produktions-

* Bei allen Zeitvergleichen wurde, sofern keine abweichenden Angaben gemacht sind, der Zeitraum Januar bis September 1975 der gleichen Periode 1974 gegenübergestellt

¹) einschl. Bergbau, aber ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Versorgungswirtschaft; Betriebe mit im allgemeinen 10 u. m. Beschäftigten

²) Im Bauhauptgewerbe betrug der Personalabbau vergleichsweise fast 6 000 Beschäftigte, das sind 10 % des Vorjahresbestandes

güterbereich waren die Personalaufwendungen (ohne Nebenkosten) sogar geringer als 1974; hier wurde der Bestand an Mitarbeitern aber auch am stärksten eingeschränkt. Das Volumen der Lohnkonten erreichte nicht einmal die Höhe vom Vorjahr; das hat es bisher - außer im Rezessionsjahr 1967 - nicht gegeben. Die Summe der gezahlten Gehälter erhöhte sich um 8%.

Umsätze in Vorjahreshöhe

Die Geschäftstätigkeit der Industrie war 1975 von Preissteigerungen weit geringeren Ausmaßes begleitet als 1974. Über das ganze Jahr hinweg kann der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise mit 3% beziffert werden. Da die schleswig-holsteinische Industrie aus ihren Erzeugnissen und Leistungen etwa die gleichen Erlöse erwirtschaftete wie im Jahr zuvor, ergibt sich real ein Rückgang des Absatzes. Eine Umsatzsteigerung trat in den Bereichen Investitionsgüter (+ 5%) sowie Nahrungs- und Genußmittel (+ 4%) ein. Die überwiegend Grundstoffe und Produktionsgüter (- 10%) sowie Verbrauchsgüter (- 2%) herstellenden Betriebe erreichten im allgemeinen ihre Vorjahresumsätze nicht. Die leichte Schwäche des Inlandsgeschäfts (- 2%) wurde durch erhöhten Export (+ 8%) ausgeglichen. Diese Feststellung für Schleswig-Holstein paßt nicht in das eingangs gezeichnete Bild vom Rückgang des Außenhandels der Bundesrepublik. Wie so häufig, hat auch in diesem Fall der Schiffbau sich als Außenseiter - hier im positiven Sinne - erwiesen, indem er nämlich den gesamtwirtschaftlichen Verlauf in unserem Lande durch außergewöhnlich umfangreiche Lieferungen an ausländische Reeder derart beeinflusste, daß im Vergleich zum Bund atypische Tendenzen auftraten. Läßt man ihn aus der Betrachtung heraus, so errechnet sich für die übrige Industrie ein leichter Zuwachs der Inlandumsätze, aber - wie im Bund - eine deutliche Schmälerung der Exporterlöse (- 5%).

Energieverbrauch stark gesunken

Nachdem bereits 1974 - als Folge der Erdölkrise - der Energieverbrauch trotz noch beachtlicher Zunahme der Produktion leicht zurückgegangen war, sank er 1975 stark ab (- 17%). Da jedoch auch die Produktion deutlich eingeschränkt wurde (- 5%), verbleibt nur noch ein eigentlicher Minderverbrauch von 13%. Aber auch diesen Verbrauchsrückgang kann man nicht als "Einsparung" werten. Die Produktion ging nämlich in solchen Bereichen besonders stark zurück, wo der Energieverbrauch besonders hoch ist: bei den Grundstoff- und Produktionsgütern.

So haben die Mineralölverarbeiter, die Zement-, Papier- und Chemiewerke ihre Produktion weit überdurchschnittlich zurücknehmen müssen mit der Folge, daß sie auch erheblich weniger Energie (speziell: Heizöl) verbrauchten als im Vorjahr. Der Rückgang des Heizölverbrauchs um 20% findet hierin seine entscheidende Erklärung, weniger darin, daß Heizöl durch andere Energieträger substituiert worden wäre.

Energieverbrauch der Industrie

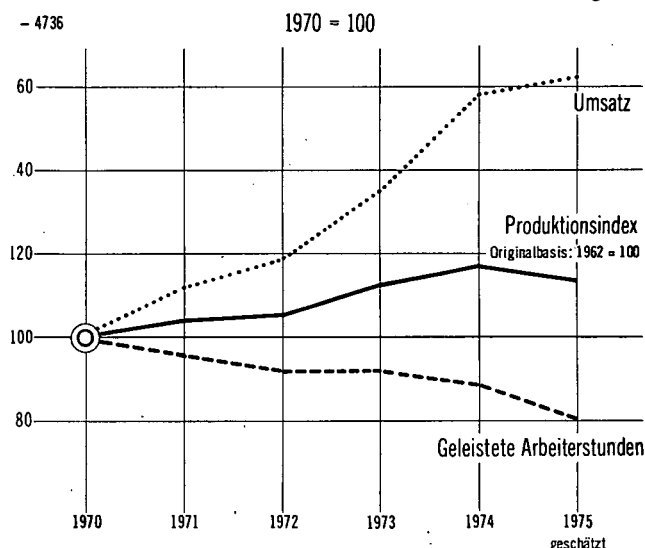
	Veränderung 1975 gegenüber 1974	1974 Anteil %	1975
Heizöl	- 20	67	66
Kohle	- 32	16	13
Gas	16	8	11
Strom	- 5	9	10
Insgesamt	- 17	100	100

Von allen Energieträgern nahm nur der Gasverbrauch weiter zu. Das Gas - fast drei Viertel davon sind Erdgas - hat damit die Elektrizität auf den vierten Rang verwiesen.

Produktion deutlich zurückgenommen

Das Volumen der industriellen Produktion war in Schleswig-Holstein 1975 um 5% geringer als 1974. Im gesamten Bundesgebiet wurde die Produktion etwa doppelt so stark eingeschränkt. Eine für unser Land vergleichsweise ähnlich positive Entwicklung hatte es auch

Meßziffern der industriellen Entwicklung



1974 gegeben (Land: + 4%; Bund: - 2%). Der mit Abstand stärkste Einbruch ergab sich im Bereich der Grundstoffe und Produktionsgüter (- 15%); er wurde wesentlich durch die schlechte Baukonjunktur geprägt. So ging der Ausstoß allein in der Warengruppe Steine und Erden im letzten Jahr um 13% zurück, nachdem er auch schon in den beiden vorangegangenen Jahren abgesunken war. Die Produktion von Papier und Pappe wurde sogar um ein Viertel reduziert. Der Investitionsgüterbereich konnte sein hohes Produktionsniveau im ganzen halten. Das hat in erster Linie die günstige Entwicklung in der feinmechanischen und optischen Industrie (+ 15%) bewirkt, in zweiter Linie der Schiffbau (+ 4%). Die Herstellung von Verbrauchsgütern (- 7%) sowie von Nahrungs- und Genußmitteln (- 2%) wurde eingeschränkt.

Ergebnisse für ausgewählte Branchen

Aufgrund der allgemeinen Entwicklungstendenz überrascht es nicht, daß auch die Mehrzahl der in der nachfolgenden Übersicht für eine Auswahl von Industriezweigen dargestellten Veränderungsraten negative Vorzeichen tragen.

Der auffallend hohe Umsatzrückgang in der Papier- und Pappeerzeugung (- 23%) steht mit den Rekorderlösen im Jahre 1974 - hauptsächlich eine Folge der Rohstoffverteuerung - im Zusammenhang. Der Nachfragerückgang führte zur Freisetzung von Beschäftigten und darüber hinaus zu Kurzarbeit. Ähnlich war die Situation in der Mineralölverarbeitung.

Hier wurde die Marktschwäche - der Umsatz sank um mehr als ein Zehntel ab - allerdings nicht in Entlassungen umgesetzt, sondern durch Verkürzung der Arbeitszeit aufgefangen. Auf die anhaltend schwache Baukonjunktur reagierten die Zweige Steine und Erden (- 16%) sowie Holzverarbeitung (- 17%) abermals mit drastischen Personalkürzungen, nachdem sie schon 1974 ihren Mitarbeiterbestand stark eingeschränkt hatten. Dieser Entwicklung folgte 1975 auch der Stahl- und Leichtmetallbau (- 8%). Ausgesprochen lebhaft war dagegen die Geschäftsentwicklung in der feinmechanischen und optischen Industrie mit einem Umsatzplus von 22%. Dieser Zweig stellt auch insofern eine Ausnahme dar, als er für zusätzliche Arbeitskräfte aufnahmefähig war (+ 3%) und seine Produktion erheblich steigerte (+ 15%). Die hauptsächlich für den Groß- und Spezialschiffbau ausgelegten Werften des Landes schnitten im ganzen gut ab; sie waren 1975 besonders im Auslandsgeschäft erfolgreich (Exportquote: 70%). Für fast alle Zweige des Verbrauchsgüterbereichs waren die Voraussetzungen im abgelaufenen Jahr ungünstig. Die Mehrzahl der Ernährungsgüter herstellenden Zweige, die ja von konjunkturellen Einflüssen weitgehend unabhängig sind, kam demgegenüber besser zurecht.

Regionalergebnisse

Von der Freisetzung an Industriebeschäftigten waren die Kreise des Landes in stark unter-

Veränderung wichtiger Daten für ausgewählte Industriezweige* 1975 gegenüber 1974 in %

	Beschäftigte	Löhne und Gehälter	Umsatz	Auslands-umsatz	Exportquote ¹		Produktions-index
					1974	1975	
Mineralölverarbeitung	- 0	+ 16	- 12	.	.	.	- 12
Steine und Erden	- 16	- 12	- 11	.	.	.	- 13
Chemie	+ 2	+ 11	- 5	- 19	25	21	- 11
Papier- und Pappeerzeugung	- 3	- 8	- 23	.	.	.	- 26
Stahl- und Leichtmetallbau	- 8	- 7	- 11	.	.	.	- 5
Maschinenbau	- 2	+ 3	+ 8	+ 2	42	40	+ 1
Schiffbau	+ 1	+ 9	+ 1	+ 54	46	70	+ 4
Elektrotechnik	- 6	+ 0	- 0	- 3	36	35	- 5
Feinmechanik und Optik	+ 3	+ 16	+ 22	+ 15	35	33	+ 15
EBM-Waren	- 2	+ 5	+ 15	+ 3	15	13	+ 6
Holzverarbeitung	- 17	- 11	- 12	- 18	7	6	- 14
Druck und Vervielfältigung	- 4	+ 1	+ 6	+ 14	1	1	- 4
Kunststoffverarbeitung	- 10	- 2	- 6	- 20	19	16	- 10
Textilindustrie	- 11	- 3	- 4	- 6	15	14	+ 4
Bekleidungsindustrie	- 13	- 5	- 3	+ 43	5	7	- 10
Brotindustrie	- 11	+ 5	+ 12	.	.	.	+ 3
Süßwarenindustrie	- 10	+ 0	+ 6	+ 14	5	5	+ 2
Meiereien und Käsereien	- 1	+ 5	+ 12	- 11	8	6	-
Fleischverarbeitung	- 1	+ 8	+ 9	+ 6	1	1	- 7
Fischverarbeitung	- 7	- 1	- 5	+ 7	7	8	- 9
Gesamte Industrie	- 5	+ 2	+ 0	+ 8	19	21	- 5

*) zusammen 84 % aller Beschäftigten 1974

1) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

schiedlichem Ausmaß betroffen, die kreisfreien Städte im Durchschnitt etwas weniger als die Landkreise. Die innerhalb der Stadtgrenzen Neumünsters ansässigen Industriebetriebe weisen im Vergleich zu den anderen kreisfreien Städten die größte Schrumpfrate auf: 7% (Landesdurchschnitt: 5%). Dabei zählt diese Stadt zu den Regionen Schleswig-Holsteins mit der längsten industriellen Tradition und mit dem höchsten Industriebesatz. Dort gibt es aber auch erhebliche

Strukturprobleme. Der Beschäftigtenrückgang in den überwiegend schwach industrialisierten Landkreisen reicht von 1% bis zu 11%, wobei neben strukturellen auch zufällige Einflüsse eine Rolle gespielt haben.

Hermann Egge

Weitere Angaben siehe Statistische Berichte E 1 I/E 1 2. Die – unveröffentlichten – Ergebnisse für den Zeitraum Januar bis September der beiden Jahre stehen Interessenten auf Anforderung zur Verfügung

Die Haushalte und ihre Wohnungen 1972

Nachdem in einer ersten Auswertung¹ der einprozentigen Wohnungsstichprobe 1972 im wesentlichen die qualitative Abstufung des Bestandes an Gebäuden und Wohnungen sowie die Mietenstruktur dargestellt wurde, soll im folgenden Beitrag aus der Sicht der Bewohner, und zwar hier der Haushalte, die Wohnsituation und die Belastung der Haushalte durch die Kosten für das Gut Wohnung erörtert werden.

Durch die Stichprobe wurden im April 1972 in Schleswig-Holstein 9 032 Haushalte in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden wie Büro-, Geschäfts- und Fabrikgebäuden erfaßt. Diese Haushalte repräsentieren die in Schleswig-Holstein insgesamt vorhandenen rund 943 000 Haushalte. Als Haushalt im Sinne dieser Statistik gilt jede Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und eine gemeinsame Hauswirtschaft führt, und jede allein wirtschaftende Einzelperson, unabhängig von der Rechtsform der Wohnungsnutzung. Also auch der allein wirtschaftende Untermieter wird als eigener Haushalt gezählt.

Streben nach Wohnungseigentum steigt mit der Haushaltsgröße

Über ein Viertel (26%) der erfaßten Haushalte sind Einpersonenhaushalte, von denen wiederum 74% alleinwirtschaftende Frauen und nur 26% alleinwirtschaftende Männer sind. Mehr als jeder zweite Haushalt (54%) umfaßt ein oder zwei Personen. Nur noch 12% der Haushalte setzen sich aus fünf und mehr Personen zusammen. Den Wohnungsstatistiker interessiert dabei, wie sich diese Haushalte nach der Rechtsform der Wohnungsnutzung,

also nach dem rechtlichen Wohnverhältnis, aufgliedern. Es wird unterschieden zwischen Eigentümern, Hauptmietern und Untermietern. Zu den Eigentümern zählen die Gebäudeeigentümer und die Wohnungseigentümer. Ein Haushalt ist Gebäudeeigentümer, wenn einem oder mehreren Mitgliedern dieses Haushalts das Eigentum an dem Gebäude, in dem der Haushalt wohnt, ganz oder teilweise rechtlich zusteht. Ein Haushalt ist Wohnungseigentümer, wenn wenigstens ein Mitglied des Haushalts das Eigentum an der von ihm bewohnten Wohnung hat. Als Hauptmieter gilt, wer das Recht zur Wohnungsnutzung durch Mietvertrag mit dem Eigentümer des Gebäudes oder der Wohnung erworben hat. Untermieter sind alle weiteren Haushalte in einer Wohnung, denen Teile der Wohnung vom Wohnungsinhaber (Eigentümer oder Hauptmieter) überlassen sind.

Bereits 38% der Haushalte sind Eigentümer von Wohnungen. Die meisten dieser Wohnungen sind Einfamilienhäuser. Von untergeordneter Bedeutung sind die Wohnungen, die vom Eigentümer eines Mehrfamilienhauses bewohnt werden, und die Eigentumswohnungen. Weitere 58% sind Hauptmieter und die restlichen 4% Untermieter. Bei der Aufgliederung dieser Haushalte nach ihrer Personenzahl ergeben sich teilweise ganz erhebliche Abweichungen von der Durchschnittsrechnung. Und zwar läßt sich ganz allgemein voranstellen, daß der Grad der Eigentumsbildung mit der Zahl der Personen in den Haushalten zunimmt. Anders ausgedrückt, je größer der Haushalt ist, um so erfolgreicher war das Streben nach Wohnungseigentum. Während von den Einpersonenhaushalten nur 21% eine Wohnung ihr eigen nennen können, ist der Anteil bei den Haushalten mit drei Personen bereits fast doppelt so hoch (40%). Und bei den

¹) in dieser Zeitschrift 1974, S. 230 (Nov./Dez.)

Haushalten mit vier Personen ist schon fast jeder zweite Haushalt (48%) Eigentümer einer Wohnung. Der Grad der Eigentumsbildung erhöht sich dann weiter bis auf 65% bei den Haushalten mit sechs und mehr Personen.

Andererseits ist natürlich der Anteil der Hauptmieter bei den Einpersonenhaushalten mit 65% am größten und bei den Haushalten mit sechs und mehr Personen mit 34% am niedrigsten. Bei den Einpersonenhaushalten ist noch der relativ hohe Anteil von 14% Untermietern bemerkenswert. Dieser hohe Anteil wird ganz wesentlich dadurch bestimmt, daß die Männer als Einzelpersonen offensichtlich nicht ungern ein Untermietverhältnis eingehen. Jedenfalls wohnt fast jeder dritte (32%) allein wirtschaftende Mann zur Untermiete. Dagegen ist von den allein wirtschaftenden Frauen nicht einmal jede zwölfte (8%) eine Untermieterin. Sind von den Einpersonenhaushalten insgesamt - wie bereits erwähnt - nur 26% männlich, so sind von den Einpersonenhaushalten, die zur Untermiete wohnen, immerhin 59% männlich. Haushalte mit zwei oder drei Personen wohnen nur selten zur Untermiete, noch größere Haushalte sind nur in Ausnahmefällen Untermieter.

Die bisher getroffenen Feststellungen werden aus etwas anderer Sicht noch vertieft. Danach ergibt sich nämlich, daß von den Hauptmieterhaushalten 59% Ein- und Zweipersonenhaushalte sind, während diese kleinsten Haushalte bei den Eigentümern nur auf einen Anteil von 42% kommen. Andererseits erreichen die größeren Haushalte mit vier und mehr Personen bei den Eigentümern einen Anteil von 39% gegenüber nur 22% bei den Hauptmietern. Die Untermieterhaushalte bestehen zu 85% aus nur einer Person.

Haushalte nach Größe und Wohnverhältnis

Haushalte mit ... Personen	Hauptmieter	Eigentümer	Untermieter
	Anteil in %		
1	29	14	85
2	30	28	.
3	18	19	.
4	14	20	.
5 und mehr	8	19	.
Haushalte insgesamt	100	100	100

36% der Arbeiterhaushalte sind Eigentümer

Eine weitere Komponente kommt in diese Untersuchung über die Bildung von Wohnungseigentum hinein, wenn man die Haushalte

nach der sozialen Stellung ihrer Vorstände in Eigentümer und Hauptmieter gliedert. Dazu sei vorangestellt, daß von den Haushaltsvorständen insgesamt mindestens jeder dritte (36%) ein Nichterwerbstätiger ist. Von diesen Nichterwerbstätigen wiederum sind 86% Rentner und Pensionäre. Nach den Nichterwerbstätigen folgen die Beamten und Angestellten als zusammengefaßte Gruppe sowie die Arbeiter mit einem Anteil von jeweils 27%. Jeder zehnte Haushaltsvorstand ist Selbständiger.

Von besonderem Interesse ist bei dieser Gegenüberstellung der Haushaltsvorstände nach ihrer sozialen Stellung der Grad der Eigentumsbildung in den genannten Gruppen. Natürlich schneiden hierbei die Selbständigen am besten ab; drei Viertel von Ihnen sind Eigentümer und nur ein Viertel Hauptmieter. Dagegen ist in den anderen drei Gruppen der Grad der Eigentumsbildung wesentlich geringer, zeigt aber zwischen diesen Gruppen kaum nennenswerte Unterschiede. Der Anteil der Eigentümerhaushalte an den Haushalten insgesamt schwankt nur zwischen 36% bei den Arbeitern und 32% bei den Nichterwerbstätigen. Dagegen liegt der Anteil der Hauptmieter zwischen 63% bei den Beamten und Angestellten und 58% bei den Arbeitern. Das Komplement zu 100% sind jeweils die Untermieterhaushalte.

Diese Unterschiede in den rechtlichen Wohnverhältnissen zwischen den einzelnen Gruppen führen wiederum bei den Hauptmieter- und Eigentümerhaushalten zu einer anderen Gewichtung als bei den Haushalten insgesamt. So steigt der Anteil der Nichterwerbstätigen an den Hauptmieterhaushalten auf 39%, während der Anteil der Selbständigen nur noch 4% ausmacht. Andererseits sind 19% der Vorstände von Eigentümerhaushalten Selbständige. Bemerkenswert ist aber auch, daß immerhin fast jeder dritte Eigentümer (31%) ein Nichterwerbstätiger ist, und zwar handelt es sich bei diesen nichterwerbstätigen Eigentümern zu 86% um Rentner und Pensionäre. Es sei auch noch festgehalten, daß jeder vierte Eigentümer (25%) ein Arbeiter ist. Von den Untermietern sind 40% Arbeiter und 37% Nichterwerbstätige.

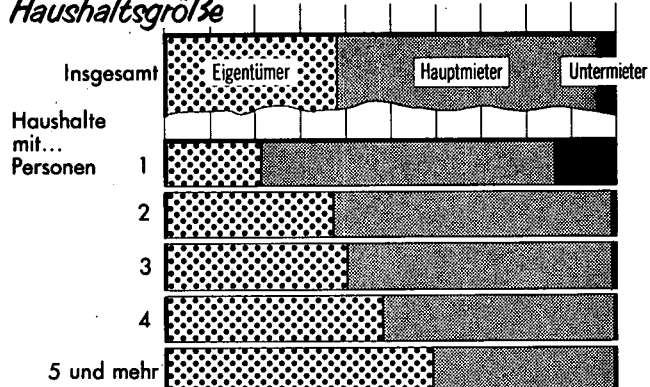
Bildung von Eigentum
setzt gewisses Alter voraus

Bei einer Gliederung der Haushalte nach dem Alter ihrer Vorstände überrascht nicht die Feststellung, daß erst ab einer gewissen Altersgrenze der Wunsch nach Wohnungseigentum verwirklicht werden kann. Von den Haushaltsvorständen unter 30 Jahren ist

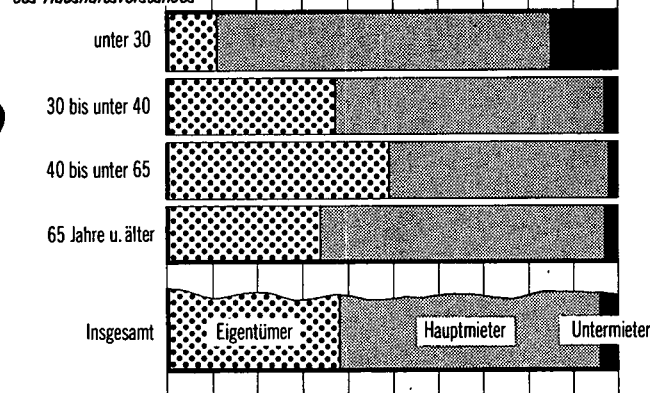
Bildung von Wohnungseigentum

1972

nach der
Haushaltsgröße



nach dem Alter
des Haushaltsvorstandes



jedenfalls nur jeder neunte (11%) Eigentümer einer Wohnung. Wesentlich höher ist der Grad der Eigentumsbildung dagegen schon bei den 30- bis 40jährigen Haushaltsvorständen, von denen 37% Wohnungseigentum gebildet haben. Von den Haushaltsvorständen im Alter von 40 bis 65 Jahren kann dann sogar fast jeder zweite (49%) eine Wohnung sein eigen nennen. In hohem Alter ist die Eigentumsquote dann wieder rückläufig; sie liegt bei den Haushaltsvorständen im Alter von mindestens 65 Jahren bei 34%. Das dürfte mit darauf zurückzuführen sein, daß bei Dreigenerationen-Eigentümerhaushalten (Eltern, Kinder und Enkel) jedenfalls teilweise der Vorstand von den Eltern auf die Kinder übergegangen ist und sich das Alter des Haushaltsvorstandes entsprechend ändert. Entscheidender ist aber, daß gerade in den letzten Jahren auf dem Wohnungsmarkt überdurchschnittlich stark Eigentum gebildet worden ist. Von den nach 1968 errichteten Wohnungen sind nämlich gut die Hälfte Eigentümerwohnungen, während ihr Anteil an den Wohnungen insgesamt nur 40% ausmacht. Dagegen sind von den in der Zeit von der Jahrhundertwende bis zur Beendigung des ersten Weltkriegs gebauten Wohnungen nur 30% Eigentümerwohnungen.

Der Zusammenhang zwischen dem Alter des Haushaltsvorstandes und dem Grad der Eigentumsbildung wird auch noch aus einer anderen Sicht deutlich. Während von den Haushaltsvorständen insgesamt 12% unter 30 Jahre alt sind, beträgt der Anteil dieser Altersgruppe bei den Hauptmietern 15%, bei den Untermietern sogar 41%, aber bei den Eigentümern nur 3%. Dagegen stehen die Haushaltsvorstände im Alter von 40 bis unter 65 Jahren über der Hälfte (52%) der Eigentümerhaushalte vor, obwohl nur 40% der Haushaltsvorstände insgesamt in diese Altersgruppe fallen. Dafür beträgt der entsprechende Anteil an den Hauptmieterhaushalten nur 34%.

Angebot an Mietwohnungen verlagert sich immer stärker auf Mehrfamilienhäuser

Weitere Aufschlüsse über die Wohnsituation der Haushalte gibt eine Aufgliederung der Ergebnisse nach der Art der Wohngebäude, nach dem Baujahr der Wohnungen und nach der Zahl der bewohnten Räume. Danach ergibt sich die vielleicht doch etwas überraschende Feststellung, daß über die Hälfte der Haushalte (52%) in Ein- und Zweifamilienhäusern und nur 45% in Mehrfamilienhäusern (Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen) leben. Die restlichen Haushalte wohnen nicht in Wohngebäuden sondern in sonstigen Gebäuden. Gemessen an der Zahl der Personen verschiebt sich das Verhältnis noch mehr zugunsten der Ein- und Zweifamilienhäuser, denn von den erfaßten Personen entfallen 58% auf diese beiden Arten von Wohngebäuden und nur 39% auf die Mehrfamilienhäuser. Damit wird ein weiteres Mal deutlich, daß die in Ein- und Zweifamilienhäusern wohnenden Haushalte im Durchschnitt größer sind als die Haushalte in Mehrfamilienhäusern.

Von dieser Durchschnittsberechnung weichen die Anteile ganz erheblich ab, die sich bei der Untergliederung der Haushalte nach der Rechtsform ihrer Wohnungsnutzung ergeben. Von den Hauptmietern haben nämlich nur 28% eine Wohnung in Ein- und Zweifamilienhäusern, aber 69% eine in Mehrfamilienhäusern. Dagegen leben die Eigentümerhaushalte ganz überwiegend, nämlich zu 88%, in Ein- und Zweifamilienhäusern und nur zu 10% in Mehrfamilienhäusern.

Wohnten nach dem Ergebnis der Wohnungsstichprobe 1972 bereits 69% der Hauptmieterhaushalte in Mehrfamilienhäusern, so ist für die Zukunft damit zu rechnen, daß sich dieser Anteilswert noch mehr erhöht und entsprechend noch weniger Hauptmieter in Ein- und Zweifamilienhäusern leben werden. Im Lauf der Zeit hat sich nämlich auf dem

Haushalte nach Wohnverhältnis und Alter der Wohnung

Baualter der Wohnungen	Hauptmieter			Eigentümer		
	Haus- halte ins- gesamt	darunter in		Haus- halte ins- gesamt	darunter in	
		1 und 2- Familienhäusern	Mehr- familienhäusern		1 und 2- Familienhäusern	Mehr- familienhäusern
	%	in % der Zeile		%	in % der Zeile	
bis 1900	15	43	50	17	85	11
1901 - 1918	14	29	66	9	84	12
1919 - 1948	17	36	62	17	93	5
1949 - 1960	23	30	69	21	94	5
1961 - 1964	10	21	78	12	92	7
1965 und später	21	12	87	24	82	18
Zusammen	100	28	69	100	88	10

Wohnungsmarkt das Angebot an Wohnungen immer eindeutiger auf Mehrfamilienhäuser verlagert; der Anteil der Hauptmieterhaushalte in Mehrfamilienhäusern nimmt mit sinkendem Baualter der Gebäude stetig zu: Von den Haushalten, die vor 1901 errichtete Wohnungen gemietet haben, lebt nur die Hälfte (50%) in Mehrfamilienhäusern. In Wohnungen, die von 1901 bis 1948 gebaut wurden, steigt dieser Anteil der Hauptmieterhaushalte in Mehrfamilienhäusern bereits auf 64% an und erhöht sich weiter über 72% bei den Wohnungen der nächsten Baualtersklasse bis auf 87% bei den Wohnungen, die 1965 und später errichtet wurden. Entsprechend liegt der Anteil der Hauptmieterhaushalte in Ein- und Zweifamilienhäusern zwischen 43% bei den Wohnungen, die vor 1901 entstanden, und 12% bei den 1965 und später fertiggestellten Wohnungen.

Für 22% der Haushalte sind die Wohnungen nicht älter als sieben Jahre

16% der in der Stichprobe erfaßten Haushalte leben in Gebäuden, die bereits im vorigen Jahrhundert errichtet wurden. Weitere 29% der Haushalte wohnen in Gebäuden, die von Beginn dieses Jahrhunderts bis zur Währungsreform im Jahre 1948 entstanden sind. Der Rest, also über die Hälfte (55%), ist in Wohnungen zu Hause, die erst nach der Währungsreform gebaut worden sind, und für reichlich jeden fünften Haushalt (22%) ist die Wohnung zum Zeitpunkt der Wohnungstichprobe im Frühjahr 1972 nicht älter als sieben Jahre gewesen. Untergliedert man auch bei dieser Betrachtungsweise die Haushalte nach dem rechtlichen Wohnverhältnis, dann ergeben sich zwischen den Hauptmieterhaushalten und Eigentümerhaushalten keine nennenswerten Unterschiede hinsichtlich der Verteilung der Haushalte auf die Baualtersklassen der Wohnungen.

Eigentümer sind besser untergebracht als Hauptmieter

Einen weiteren Einblick in die Wohnsituation der Haushalte ergibt die Kombination der Haushaltsgröße mit der Zahl der bewohnten Räume. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß zu den bewohnten Räumen auch die Küche gehört. Bemerkenswert ist zunächst, daß von den Hauptmieter- und Eigentümerhaushalten insgesamt nur jeder dritte Haushalt weniger als vier Räume bewohnt, andererseits aber gut jeder zweite Haushalt (52%) aus höchstens zwei Personen und fast jeder vierte Haushalt (23%) aus nur einer Person besteht. Die Untermieterhaushalte sind hierbei ausgeklammert worden, weil bei Ihnen besondere Verhältnisse vorliegen. Nur jeder dreizehnte Haushalt verfügt über weniger als drei Räume.

Haushalte nach Größe, Wohnverhältnis und bewohnten Räumen

Haushaltsgröße	Wohn- verhältnis	Von 100 Haushalten bewohnten ... Räume			
		bis zu 3	4	5	6 und mehr
Einpersonenhaushalte	Hauptmieter	79	17	3	.
	Eigentümer	43	33	15	.
Zweipersonenhaushalte	Hauptmieter	50	40	8	.
	Eigentümer	23	38	23	16
Dreipersonenhaushalte	Hauptmieter	26	56	12	5
	Eigentümer	8	31	32	29
Haushalte mit 4 und mehr Personen	Hauptmieter	11	47	29	13
	Eigentümer	.	16	33	48
Haushalte insgesamt	Hauptmieter	45	38	12	5
	Eigentümer	15	28	27	30

Als grundsätzliche Feststellung zur Unterbringung der Haushalte nach der Zahl der bewohnten Räume sei vorangestellt, daß die Eigentümer in allen betrachteten Haushaltsgrößenklassen besser untergebracht sind als die Hauptmieterhaushalte. So bewohnen bei den Einpersonenhaushalten die Eigentümer in 89% mindestens drei Räume, während das bei den Hauptmietern nur für 67% der Haushalte zutrifft. Noch gravierender sind die Unterschiede bei den Zweipersonenhaushalten, von denen bei den Eigentümern 77% und bei den Hauptmietern 50% mindestens über vier Räume verfügen. Diese Unterschiede dürfen aber nicht verwundern, denn der Hauptmieter ist wesentlich beweglicher als der Eigentümer und wird im Zeitablauf die Wohnungsgröße viel eher auf eine Veränderung der Haushaltsgröße durch Ereignisse wie Verselbständigung der Kinder und Sterbefälle anpassen. Hinzu kommt, daß in den meisten Fällen im Zeitablauf die Miete je Quadratmeter steigt, während die Belastung für das Eigentum unabhängig von der Größe des Objekts immer geringer wird. Dadurch

entsteht bei Hauptmietern auch die finanzielle Notwendigkeit, weiter zu vermieten, häufiger als bei Eigentümern. Die größeren Hauptmieterhaushalte setzen sich hinsichtlich der Raumzahl engere Grenzen als die kleinen. So haben von den Vierpersonenhaushalten nur 35% mindestens fünf Räume, d. h. nach Abzug der Küche für jede Person mindestens einen Raum. Mehr als die Hälfte (53%) dieser Haushalte verfügt aber nur über vier Räume. Dagegen sind die Eigentümerhaushalte dieser Größenklasse nach der vorhandenen Raumzahl wesentlich besser gestellt, denn 39% der Haushalte bewohnen mindestens sechs und sogar 77% mindestens fünf Räume.

Jeder sechste Haushalt verwendet mindestens ein Viertel seines Nettoeinkommens für Miete

Abschließend soll dargestellt werden, welche Mieten die Haushalte für ihre Wohnungen zahlen und wie hoch die Mietbelastung in Prozent des Einkommens liegt. Dabei ist als Miete der Betrag zu verstehen, der für den Monat April 1972 mit dem Vermieter einer Wohnung für die Überlassung der ganzen Wohnung vereinbart war. In der Miete sind Aufwendungen für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung und Müllabfuhr enthalten, nicht dagegen Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Garagenmiete, Untermietzuschlag und Zuschlag für Möblierung.

Nach dem Ergebnis der Stichprobe zahlten in Schleswig-Holstein im April 1972 immerhin noch 22% der Hauptmieterhaushalte weniger als 100 DM und 46% weniger als 150 DM Miete. Bei 20% der Haushalte liegt die Miete zwischen 150 DM und 200 DM. Nur 20% der Haushalte mußten 250 DM und mehr an ihren

Vermieter entrichten. Diese Anteile beziehen sich auf die Haushalte, die Mietangaben machten. 11% der Haushalte machten keine Angaben zur Miete oder wohnten mietfrei.

Von wesentlich größerer Bedeutung als der absolute Mietbetrag dürfte aber die Mietbelastung für den Haushalt sein. Unter diesem Begriff ist die Relation zwischen monatlicher Miete und monatlichem Nettoeinkommen des Haushalts zu verstehen. Bei der Berechnung der prozentualen durchschnittlichen monatlichen Mietbelastung wurden nur Haushalte zugrunde gelegt, für die sowohl Miet- als auch Einkommensangaben vorlagen. Da für die Berechnung der Mietbelastungsquoten nur Einkommensgruppen zur Verfügung standen, mußte behelfsweise jeweils der Gruppenmittelwert gebildet werden. Für die Haushalte in der höchsten Einkommensgruppe "3 000 und mehr DM" war eine derartige Berechnung nicht möglich. In diese Einkommensgruppe fallen aber nur knapp 3% der Hauptmieterhaushalte.

Hauptmieterhaushalte nach der Mietbelastung

Mietbelastung der Haushalte von ... bis unter ... % des Haushaltseinkommens	Anteil der Haushalte ¹ in %
unter 10	22
10 – 15	28
15 – 20	22
20 – 25	11
25 – 30	6
30 und mehr	11

1) nur Haushalte mit Miet- und Einkommensangaben
(Einkommen bis 3 000 DM)

In die Berechnung der Mietbelastung konnten aus der Stichprobe die Angaben von rund 4 500 Haushalten einfließen. Danach liegt die Mietbelastung immerhin bei 22% der Haushalte unter 10%, und die Hälfte aller Haushalte gibt weniger als 15% des Nettoeinkommens für Miete aus. Andererseits wird bei etwa jedem sechsten Haushalt mindestens jede vierte verfügbare Mark monatlich als feste Ausgabe für das Gut Wohnung verbraucht. Noch für jeden neunten Haushalt beträgt die Einkommensbelastungsquote durch die Wohnung sogar mindestens 30%.

Peter Möller

Hauptmieterhaushalte nach Mietpreisstufen

Monatliche Miete von ... bis unter ... DM	Anteil der Haushalte ¹ in %
unter 100	22
100 – 150	24
150 – 200	20
200 – 250	14
250 und mehr	20

1) nur Haushalte mit Mietangaben

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht F/Wohnungsstichprobe 1972

Die Geflügelwirtschaft in Schleswig-Holstein

Die Bedeutung der Geflügelwirtschaft hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre stark gewandelt. Infolge veränderter Verbrauchergewohnheiten hat sich sowohl der Eierabsatz als auch der Absatz von Geflügelfleisch erheblich ausgedehnt. So stieg der Eierverbrauch je Einwohner der Bundesrepublik von 238 Stück im Jahr 1965 auf 292 Stück im Jahr 1972. Der Geflügelfleischverbrauch je Kopf der Bevölkerung erhöhte sich während des gleichen Zeitraumes von 6,3 kg auf fast 9 kg, wobei dieser Anstieg fast ausschließlich auf einen Mehrverbrauch an Fleisch von Jungmasthühnern zurückzuführen ist. Wie aus dem nachstehenden Bild auch ersichtlich ist, stieg der Pro-Kopf-Verbrauch nach 1972 allerdings nicht weiter. Man kann wohl annehmen, daß hier eine gewisse Sättigungsschwelle erreicht wurde.

Parallel zu der aufgezeigten Entwicklung des Absatzes hat sich die Eier- und Geflügelfleischerzeugung konzentriert und spezialisiert, was wiederum für den Verbraucher attraktive Preise ermöglichte.

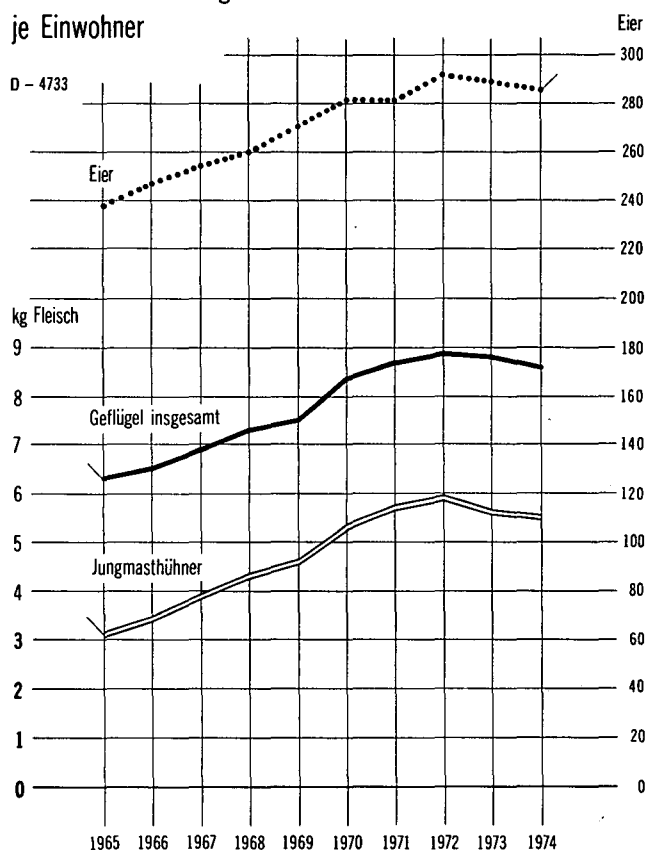
So betrug 1960 die durchschnittliche Bestandsgröße aller Hühnerhalter im Bundesgebiet

rund 21 Hühner. Sie hat sich innerhalb von zehn Jahren mit 76 Hühnern je Hühnerhalter mehr als verdreifacht. Die zunehmende Spezialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe auf nur wenige Produktionsrichtungen ließ in vielen Betrieben die Legehennenhaltung und die Masthühnerhaltung zu selbständigen Betriebszweigen werden, deren Produktion nicht an eine landwirtschaftliche Nutzfläche gebunden ist. Diese Betriebe sind also nicht von der "betriebseigenen Futtergrundlage", sondern vielmehr von der für die Einrichtung einer Massentierhaltung erforderlichen hohen Kapitalmenge abhängig.

Bei den großen Geflügelbeständen ist die Käfig- und Batteriehaltung nicht mehr wegzudenken. Dabei ist neben der richtigen Auswahl der im Handel befindlichen Käfig- und Batteriefabrikate besonders die Verwendung von hochwertigem und gesundem Tiermaterial (Hybridrassen) sowie die fehlerfreie Aufzucht und Fütterung Voraussetzung für den Erfolg.

Die starke Konzentrationsbewegung der Geflügelwirtschaft zu Großbeständen wirkt zwangsläufig auch zusätzliche Probleme auf. Wegen der zu erwartenden Umweltbelastung müssen Betriebe mit großen Geflügelbeständen bestimmte Auflagen erfüllen. Nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz sind Betriebe mit mehr als 7 000 Hennenplätzen oder 14 000 Mastgeflügelplätzen genehmigungspflichtig.

Verbrauch von Geflügelfleisch und Eiern je Einwohner



Legehennen

Die aufgeführten Ergebnisse der allgemeinen Viehzählung vom Dezember eines jeden Jahres zeigen, daß der Legehennenbestand

Legehennenbestände in Schleswig-Holstein

Legehennen im Dezember (einschließlich Junghennen und Küken) in 1 000 Stück	
1964	4 244
1965	4 287
1966	4 238
1967	4 184
1968	3 983
1969	4 187
1970	3 815
1971	3 827
1972	3 879
1973	3 708 ^a
1974	3 434 ^a

a) Durch Änderung des Viehzählungsverfahrens sind die Zahlen im Vergleich mit den Vorjahren zu niedrig

in Schleswig-Holstein insgesamt rückläufig ist.

Das gilt auch, wenn man berücksichtigt, daß ab 1973 Kleinstbestände nicht mehr vollständig erfaßt werden. Mit der Neufassung des Viehzählungsgesetzes vom 23. 9. 1973 wurde das Erhebungsverfahren geändert (Umstellung auf voradressierte, maschinell lesbare Zählblätter) und ab 1974 die Erfassungsgrenze für Betriebe mit weniger als 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) auf 20 Legehennen heraufgesetzt (siehe die Statistischen Berichte C III 1 - vj 4/73 und 4/74 "Die Viehbestände in Schleswig-Holstein vom 3. Dezember 1973" und 1974). Da die Kleinstbestände ohnehin nur eine äußerst geringe Bedeutung für die Marktproduktion haben, sollen in den folgenden Ausführungen lediglich die Bestände mit 20 und mehr Legehennen betrachtet werden.

Trotz der Abnahme der Legehennenbestände insgesamt steigt auch in Schleswig-Holstein die durchschnittliche Zahl der Hennen je Halter an. Damit setzt sich der Trend zur Konzentration und Spezialisierung der Legehennenhaltung unverkennbar fort. Das zeigen die nachstehenden Ergebnisse der Sonderaufbereitungen der allgemeinen Viehzählung nach Bestandsgrößenklassen ganz eindeutig. Der Schwellenwert zwischen den Bestandsgrößenklassen der abnehmenden und der zunehmenden Haltungen hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich nach oben verschoben. Während 1965 noch die Klasse der Betriebe mit 250 bis 499 Legehennen einen Zuwachs gegenüber den Vorjahren erfuhr, war 1973 die Größen-

klasse von 10 000 bis 29 999 Legehennen die kleinste zunehmende Klasse. So wurden 1965 nur 16% der Legehennen in Betrieben mit 3 000 und mehr Tieren gehalten, während es 1974 bereits 64% waren. Interessant ist dabei die Tatsache, daß 1974 nur 0,4% der Legehennenhalter (nämlich die mit 10 000 und mehr Legehennen) bereits 41,4% des Legehennenbestandes hielten.

Ob die Veränderungen innerhalb der einzelnen Größenklassen auch in Zukunft ähnliche Ausmaße annehmen werden, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Abhängig ist dieses hauptsächlich von der weiteren Entwicklung der Erzeugerpreise einerseits und der Produktionskosten, die gerade in den letzten zwei Jahren stark angestiegen sind, andererseits.

Die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein ermittelt monatlich über ein Netz von etwa 350 Berichterstattebetrieben die Legeleistung je Henne. Diese Betriebe sind über alle Bestandsgrößenklassen verteilt, so daß die unterschiedliche Legeleistung in den einzelnen Größenklassen hervortreten kann.

Bei einer Betrachtung der durchschnittlichen Legeleistung innerhalb der einzelnen Bestandsgrößenklassen läßt sich ein eindeutiger Vorsprung der größeren Legehennenbestände erkennen. Die Bestände der Größenklasse mit 1 000 und mehr Legehennen bringen ein Plus von mehr als 60 Eiern je Henne und Jahr gegenüber den kleinen Bestandsgrößenklassen. Auch hierin ist der Grund der zunehmenden Konzentration der Legehennenbestände zu sehen. Darüber hinaus wird der Einsatz der Käfighaltung erst ab einer bestimmten Bestandsgröße wirtschaftlich. Langjährige Untersuchungen haben bei der Käfighaltung höhere Legeleistungen und Eigewichte sowie bessere Futterverwertung gegenüber der Bodenhaltung ergeben. Nach den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung

Legehennen und Legehennenhalter nach Bestandsgrößenklassen¹

	Ins- gesamt in 1 000	davon Bestände mit ... bis ... Legehennen			
		20-249	250-2 999	3 000-9 999	10 000 und mehr
		in %			
1965					
Halter	33,4	94,7	5,1	0,2	0,0
Hennen	3 030	46,7	37,3	11,7	4,3
1967					
Halter	30,3	94,5	5,1	0,4	0,0
Hennen	3 031	41,6	36,3	16,5	5,6
1969					
Halter	24,5	94,7	4,7	0,5	0,1
Hennen	3 027	32,7	29,2	20,7	17,4
1971 ^a					
Halter	15,1	93,8	5,3	0,7	0,2
Hennen	2 478	23,8	25,7	22,8	27,7
1973					
Halter	13,0	94,2	4,7	0,8	0,3
Hennen	2 628	18,8	19,6	21,2	40,4
1974					
Halter	11,4	93,6	5,1	0,9	0,4
Hennen	2 512	17,3	19,2	22,1	41,4

1) Bestände mit 20 und mehr Legehennen

a) Ergebnisse der Landwirtschaftszählung im Mai 1971

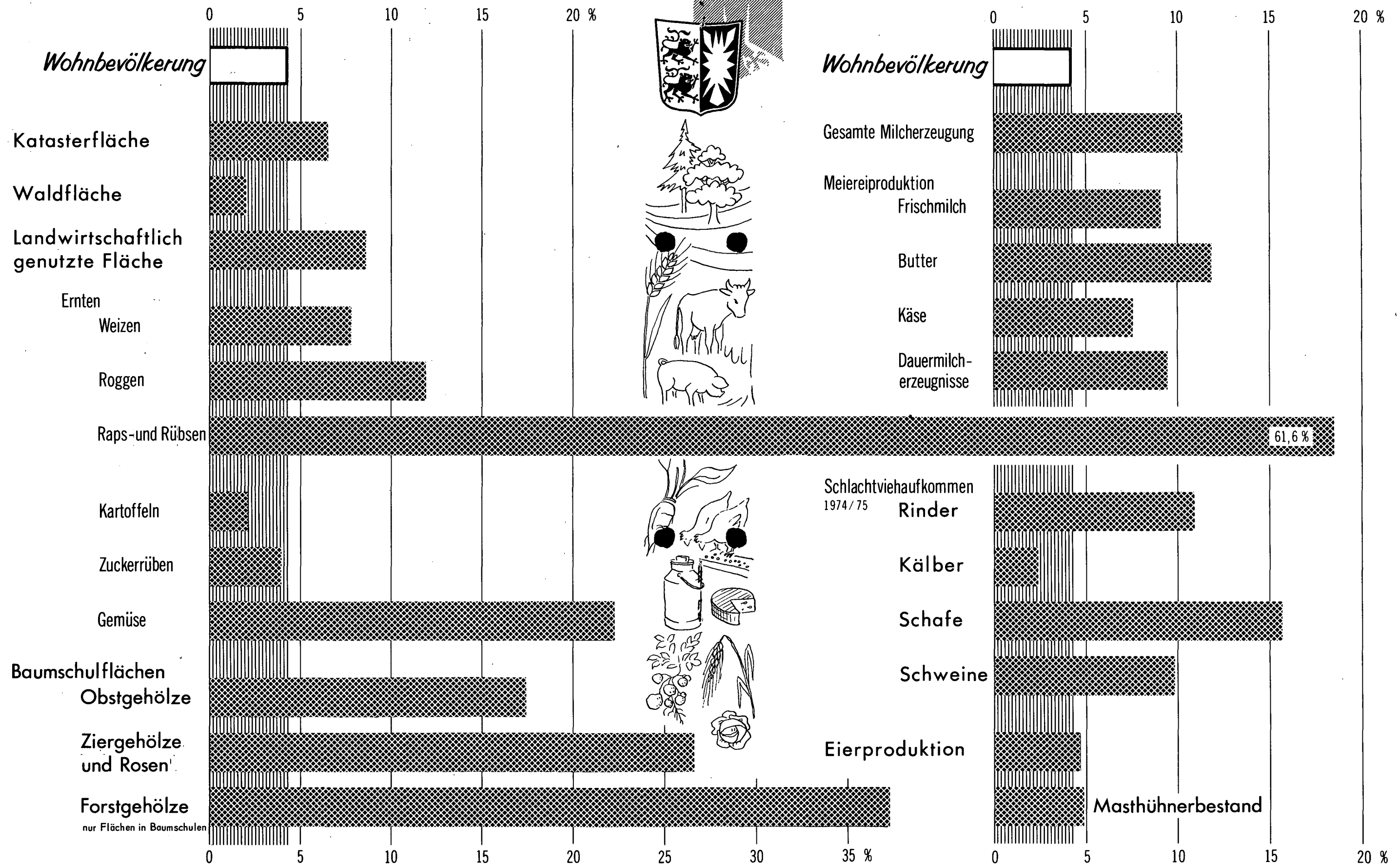
Legeleistung und Eiererzeugung

	Legeleistung Eier je Henne	Eiererzeugung in Mill. Stück
1964	200	728
1965	200	712
1966	204	734
1967	212	746
1968	215	727
1969	221	745
1970	225	739
1971	232	755
1972	234	724
1973	231	725
1974	234	693

Quelle: Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein

Anteile Schleswig-Holsteins an der Agrarproduktion des Bundesgebietes 1974

D - 4739



vom Mai 1971 gibt es in Schleswig-Holstein insgesamt 468 Käfighaltungen. Bezieht man diese Einrichtungen auf die Anzahl der Haltungen mit 500 Legehennen und mehr, so hat Schleswig-Holstein innerhalb der Bundesrepublik den höchsten Grad der Automatisierung auf diesem Gebiet erreicht und wird nur vom Saarland und Berlin übertroffen.

Die Legeleistung ist, wie aus der vorstehenden Tabelle hervorgeht, bis 1972 kontinuierlich gestiegen. Die Gründe hierfür sind bereits angesprochen worden und sollen an dieser Stelle nicht näher erläutert werden. Noch 1964 betrug die Legeleistung 200 Eier je Henne und Jahr. Bis 1974 hat sich diese Leistung um 17% auf 234 erhöht. Die Eierproduktion hat sich in Schleswig-Holstein trotz der Leistungssteigerung, bedingt durch die rückläufigen Legehennenbestände, jedoch nur geringfügig verändert. Dagegen erhöhte sich die Eiererzeugung im gesamten Bundesgebiet im gleichen Zeitraum um gut 40%. Dazu haben am stärksten die Eiererzeuger in Niedersachsen beigetragen.

Masthühner

Der jeweils im Dezember bei der allgemeinen Viehzählung ermittelte Masthühnerbestand schwankte während der letzten zehn Jahre erheblich. In den Jahren 1965 bis 1971 stieg der Bestand auf fast das Dreifache, auf beinahe 1,2 Millionen, bis 1974 fiel er wieder auf 0,9 Millionen ab. Auch hier gilt allerdings, daß ab 1973 Kleinstbestände nicht vollständig erfaßt wurden. In der folgenden Tabelle blieben deshalb die für die Marktproduktion ohnehin kaum bedeutsamen Bestände mit weniger als 500 Masthühnern unberücksichtigt.

Zwar ist auch für Masthühner die Konzentrationsbewegung zu Großbeständen erkennbar, jedoch für den betrachteten Zeitraum nach 1969 nicht mehr in dem Maße wie bei den Legehennen. So nahm die Zahl der Bestände und auch die Zahl der gehaltenen Masthühner in der Zeit nach 1971 gerade in den oberen Bestandsgrößenklassen stark ab. In der unteren Größenklasse mit 500 bis 2 999 Masthühnern dagegen erhöhte sich die Zahl der gehaltenen Tiere während dieser Zeit leicht.

Als Grund für den starken Rückgang der Masthühnerbestände 1974 ist im wesentlichen die sinkende Wirtschaftlichkeit anzusehen. Die geringen Gewinnerwartungen haben sich negativ auf die Bestandsentwicklung ausgewirkt. Hohe Produktionskosten durch steigende Energie- und Futtermittelpreise einerseits und Produktionsüberschüsse andererseits lassen das Risiko stark anwachsen. Viele potentielle

Masthühner und Masthühnerhalter nach Bestandsgrößenklassen¹

	Insgesamt	davon Bestände mit ... bis ... Masthühnern		
		500 - 2 999	3 000 - 9 999	10 000 u. mehr
		in %		
1965				
Halter	81	46,9	35,8	17,3
Hühner	396 982	12,2	42,2	45,6
1967				
Halter	94	24,5	46,8	28,7
Hühner	737 669	3,8	33,3	62,9
1969				
Halter	73	27,4	34,2	38,4
Hühner	669 624	4,0	23,5	72,5
1971 ^a				
Halter	89	21,3	34,8	43,8
Hühner	1 167 796	1,9	16,5	81,6
1973				
Halter	79	24,1	30,4	45,6
Hühner	1 005 022	2,3	14,9	82,8
1974				
Halter	63	31,7	25,4	42,9
Hühner	843 089	3,3	10,8	86,0

1) Bestände mit 500 und mehr Schlacht- und Masthühnern und -hähnen einschließlich der hierfür bestimmten Küken

a) Landwirtschaftszählung im Mai 1971

Masthühnerhalter haben deshalb, zum Teil zwar nur vorübergehend, ihre Produktion eingestellt.

Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, daß einzelne Betriebe am Erhebungstichtag (3.12.) ihre Bestände bereits verkauft oder aber noch nicht aufgestellt haben. Nach jeder Mastperiode (42 bis 46 Tage) folgt im allgemeinen eine Zeitspanne von zwei bis drei Wochen zur Reinigung und Desinfektion der Ställe. Fällt eine Zählung gerade in eine solche Zeitspanne hinein, so werden die unmittelbar vorher vorhandenen oder anschließend aufgestellten Bestände nicht erfaßt. Das kann sich gerade hier stärker auswirken, da die Zahl der Haltungen in den einzelnen Größenklassen klein ist. An dieser Stelle zeigen sich die Nachteile einer Stichtagserhebung, wie sie die Viehzählung ist.

Übriges Geflügel

Die Bestände an Gänsen und Enten haben sich von 1965 bis 1974 erheblich reduziert. Allerdings ist für die Jahre 1973 und 1974 wieder ein Teil des Rückganges durch die Änderung des Viehzählungsverfahrens bedingt. Das kann jedoch nicht über den ohnehin vorhandenen Rückgang dieser Bestände hinwegtäuschen. So hat sich zwischen 1965 und 1971 der Bestand an Gänsen um die Hälfte und der Bestand an Enten um gut ein Drittel verringert (ohne Änderungen durch das Viehzählungsverfahren). Bei den Putenbeständen tritt dagegen eine gewisse Stagnation ein.

Halter und Bestände von Enten, Gänsen und Truthühnern

	Enten		Gänse		Truthühner	
	Halter	Tiere	Halter	Tiere	Halter	Tiere
1964	23 736	192 321	11 353	88 483	4 498	48 232
1965	22 581	191 106	10 218	82 643	3 699	51 336
1966	24 062	205 149	9 446	74 717	3 360	63 899
1967	23 098	197 462	8 980	73 700	2 809	80 470
1968	21 824	193 552	8 079	65 816	2 513	70 020
1969	17 560	164 060	6 021	49 403	1 810	72 659
1970	15 849	156 529	5 638	48 370	1 580	95 155
1971	13 857	128 732	4 780	41 732	1 340	77 563
1972	12 250	121 828	4 474	40 634	1 127	63 464
1973	9 301	95 017	3 410	36 678	760	72 587
1974	6 056	71 564	2 505	28 757	534	67 987

Produktionsbeschränkungen und Stabilisierungsmaßnahmen

Die Geflügelhaltung hat sich im ganzen Bundesgebiet wesentlich stärker ausgedehnt als in Schleswig-Holstein. Besonders steigende Tendenzen zeigen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Zwischen 1964 und 1972 ist auf Bundesebene die Zahl der Hühnerhalter von 2,17 Millionen auf 1,05 Millionen zurückgegangen (- 51,6%), während sich der Hühnerbestand in der gleichen Zeit von 78 Millionen auf 100 Millionen erhöhte (+ 28,6%). Vergleicht man die in den letzten Jahren stark angestiegenen Hühnerbestände der Bundesrepublik mit den Ergebnissen der EG (nur die sechs EG-Länder), so muß festgestellt werden, daß besonders die Bundesrepublik und die Niederlande versucht haben, durch eine starke Ausweitung der Hühnerhaltung ihre Marktanteile zu sichern. Während in der Bundesrepublik sowohl bei Legehennen als auch bei Masthühnern die Bestände aufgestockt wurden, weitete man in den Niederlanden nur die Masthühnerbestände erheblich aus. Die insgesamt starke Erhöhung sowohl der Legehennen- als auch der Masthühnerbestände in vielen EG-Ländern führte Ende 1973 und Anfang 1974 zu Angebotsüberschüssen. Neben der Ausweitung der Geflügelbestände brachten Rückgänge im Pro-Kopf-Verbrauch bei Geflügelfleisch und bei Eiern und die erheblich angestiegenen Produktionskosten zusätzliche Schwierigkeiten für die Geflügelwirtschaft. Eine für 1974 vereinbarte Produktionseinschränkung auf dem Mastgeflügelmarkt zwischen der Bundesrepublik, Belgien, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden und Dänemark und zusätzliche Exporterstattungen für die Hähnchenausfuhr nach Drittländern, sollten Angebot und Nachfrage normalisieren helfen. Diese Maßnahme wurde im ersten Quartal 1975 fortgesetzt.

Ähnliche Stabilisierungsmaßnahmen auf dem Sektor der Eierzeugung haben sich bisher jedoch als wirkungslos erwiesen. Während die Bundesrepublik bereits 1973 die Eierzeugung um 4% reduziert hat, drangen andere EG-Mitgliedsländer, hauptsächlich Frankreich, Italien und die Niederlande, in diese Marktlücke vor (AGRA-EUROPE 18/74). Damit gingen den westdeutschen Legehennenhaltern weitere Marktanteile verloren, ohne daß es zu der gewünschten Produktionseinschränkung auf EG-Ebene kam.

Um aber auf nationaler und internationaler Ebene eine möglichst positive wirtschaftliche Lage für die Erzeuger- und Verbraucherseite herbeiführen zu können, ist es zwingend notwendig, neben den Ergebnissen der Viehzählungen zusätzlich aktuelles Zahlenmaterial über die Bruteiereinlage, den Kükenschlupf und über das geschlachtete Geflügel zu erhalten. Nach dem Gesetz über eine Geflügelstatistik vom 29. März 1967 und dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über eine Geflügelstatistik vom 17. April 1974 teilen die Brütereien und Schlachtereien den Statistischen Landesämtern monatlich die Bruteiereinlage, den Schlupf und die Menge des geschlachteten Geflügels mit. Die Bruteiereinlage läßt eine Schlußfolgerung über den Zeitpunkt und über die Menge der zu erwartenden zusätzlichen Legehennenbestände und des Schlachtgeflügels zu. Bei einer Brutzeit von 21 Tagen bei Hühnern (Puten 28 Tage) und einer Mastdauer von sechs bis acht Wochen oder Beginn der Legeleistung nach 22 Wochen kann man unter Berücksichtigung der Selektionsquote den Umfang des anfallenden Mastgeflügels und der Eier ziemlich genau errechnen. Allerdings weisen die Prognosen für die Eierzeugung einige Mängel auf. So können unter anderem der Umfang der Naturbrut, die Höhe der Zwangsmauser und insbesondere die Haltungsdauer der Legehennenbestände die Vorausberechnungen unsicher werden lassen.

Die Bruteiereinlage und der Kükenschlupf

Seit Mitte 1964 wird monatlich die Bruteiereinlage und der Kükenschlupf ermittelt. Auskunftspflichtig sind Brütereien mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1 000 Eiern (ausschließlich des Schlupfraumes). Während 1964 noch 245 Betriebe meldepflichtig waren, ist die Zahl bis 1974 kontinuierlich auf 41 Betriebe gesunken. Dabei sind die Rückgänge in der Anzahl der Brütereien ausnahmslos in kleinen und mittleren Betrieben mit einem Fassungsvermögen bis zu 100 000 Bruteiern zu finden, während die Zahl der Brütereien mit einem Fassungsvermögen mit mehr als 100 000 Bruteiern fast konstant

Fassungsvermögen der Brütereien

Fassungsvermögen von ... bis ... Bruteier	Meldepflichtige Brütereien			Fassungsvermögen der Brutanlagen in 1 000		
	1966	1970	1974	1966	1970	1974
1 000 – 100 000	130	74	37	1 447	997	447
100 000 und mehr	3	3	4	579	1 107	1 158
Insgesamt	133	77	41	2 026	2 104	1 605

geblieben ist. Hier hat sich allerdings die Kapazität erheblich vergrößert.

Die Bruteiereinlage für die Erzeugung von Legehennenküken hat sich während des betrachteten Zeitraumes nur unwesentlich verändert. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß die Zahlen innerhalb des Jahres aus überwiegend saisonalen Gründen erheblich schwanken. Dabei wurde in den Monaten März bis Mai jeweils der höchste monatliche Stand der Bruteiereinlage erreicht.

Die Bruteiereinlage für die Erzeugung von Masthühnerküken hat sich seit 1965 mehr als verdoppelt und betrug 1974 rund 11,5 Millionen Eier. Allein 1974 betrug die Zunahme gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum etwa 9%. Damit wurde hier seit Beginn der Geflügelstatistik der höchste Stand erreicht.

Bruteiereinlage und Schlupfergebnis

	Legehennenküken		Masthühnerküken	
	Bruteier- einlage	Schlupf- ergebnis	Bruteier- einlage	Schlupf- ergebnis
	1 000 Stück			
1965	6 271	2 929	4 834	3 973
1966	5 918	2 477	6 862	5 264
1967	6 300	2 558	7 264	5 904
1968	5 749	2 269	7 346	5 911
1969	6 334	2 556	9 029	7 353
1970	5 967	2 483	10 932	8 617
1971	6 965	2 565	9 901	7 971
1972	6 221	2 471	10 520	8 262
1973	6 180	2 267	10 551	8 764
1974	6 173	2 458	11 469	8 878

Das Schlupfergebnis verhält sich zwangsläufig parallel zur Bruteiereinlage. Abweichungen entstehen lediglich durch die zeitliche Verschiebung zwischen Bruteiereinlage und Schlupf und durch eine unterschiedliche Quote an geschlüpften Küken.

In Schleswig-Holstein hat sich die Zahl der geschlüpften Masthühnerküken entsprechend der Bruteiereinlage kontinuierlich vergrößert. Mit einer Quote von 80% geschlüpften Küken,

gemessen an der Bruteiereinlage, liegt Schleswig-Holstein außerdem geringfügig über dem Bundesdurchschnitt.

Die monatlichen Angaben der Brütereien über die Bruteiereinlagen lassen bei Berücksichtigung der Befruchtungsgarantien (etwa 80%) und der Selektionsquote eine recht genaue Vorausschätzung des Kükenschlupfes und des späteren Eieranfalls und des Mastgeflügelanfalls zu. Allerdings ist es nicht möglich, innerhalb eines jeden Bundeslandes unmittelbar von der Bruteiereinlage auf das spätere Marktangebot zu schließen. Um zu einer möglichst kontinuierlichen Versorgung mit Küken zu kommen, werden die geschlüpften Küken oder Junghennen über die Landesgrenzen hinaus abgesetzt und bezogen. Genaueres Zahlenmaterial hierüber liegt jedoch nicht vor.

Mit der bereits genannten Änderung des Gesetzes über die Geflügelstatistik werden neben den Schlupfergebnissen auch die Zahlen der eingelegten Bruteier für das übrige Geflügel erfaßt. Da hier jedoch keine früheren Zahlen zur Verfügung stehen, soll lediglich auf die Angaben über die geschlüpften Enten-, Gänse- und Truthühnerküken eingegangen werden. Die Zahl der geschlüpften Küken dieser drei Gruppen ist seit 1965 ganz erheblich zurückgegangen, relativ am stärksten der Schlupf an Truthühnerküken. Allerdings kann man gerade von der Bruteiereinlage und vom Schlupf dieser Tiere nicht auf das zu erwartende Marktangebot schließen. Ein großer Teil der Küken wird nicht in den Brütereien erzeugt, sondern nach dem "alten Verfahren von einer tierischen Glucke produziert" (Naturbrut).

Schlupfergebnis "übriges Geflügel"

	Gänseküken	Entenküken	Truthühnerküken
	Stück		
1965	67 728	182 930	4 133
1966	62 109	172 976	9 301
1967	62 023	141 067	11 511
1968	51 702	100 433	6 003
1969	50 697	77 072	3 248
1970	35 770	67 606	3 168
1971	30 053	96 068	1 742
1972	28 659	66 900	377
1973	21 350	56 550	340
1974	20 350	46 170	790

Der Anteil der schleswig-holsteinischen Brütereien an der Bruteiereinlage und an der Kükenerzeugung des Bundesgebietes beträgt gut 5%. Für die schleswig-holsteinischen Erzeuger und Halter von Legehennen

und Mastgeflügel ist neben den geringen Gewinnspannen besonders die Marktförne eine erhebliche Belastung. Die Bedeutung der Standortfrage zeigt sich daran, daß sich z. B. in Niedersachsen im Weser-Ems-Gebiet, also in der Nähe des bevölkerungsreichsten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen (17 Millionen Einwohner) sehr viele Geflügelbrütereien und -schlachtereien angesiedelt haben.

Die Geflügelschlachtereien

Die schleswig-holsteinischen Geflügelschlachtereien melden monatlich das geschlachtete Geflügel inländischer Herkunft. Die Meldungen sind nach der Geflügelart und nach der Zubereitungsform unterteilt. Auskunftspflichtig sind Betriebe, deren monatliche Schlachtkapazität 2 000 Tiere übersteigt. In Schleswig-Holstein sind dieses zur Zeit fünf Betriebe. Die Zahl der Geflügelschlachtereien hat sich damit seit Beginn der Geflügelstatistik von elf Betrieben (im Jahre 1966) um gut die Hälfte reduziert. Dem steht jedoch, wie aus der Tabelle ersichtlich, eine starke Ausdehnung der Schlachtkapazitäten gegenüber.

Geflügelschlachtereien ¹		
	Anzahl	Monatliche Schlachtkapazität in kg
1966	11	462 400
1970	10	1 170 000
1974	5	969 500

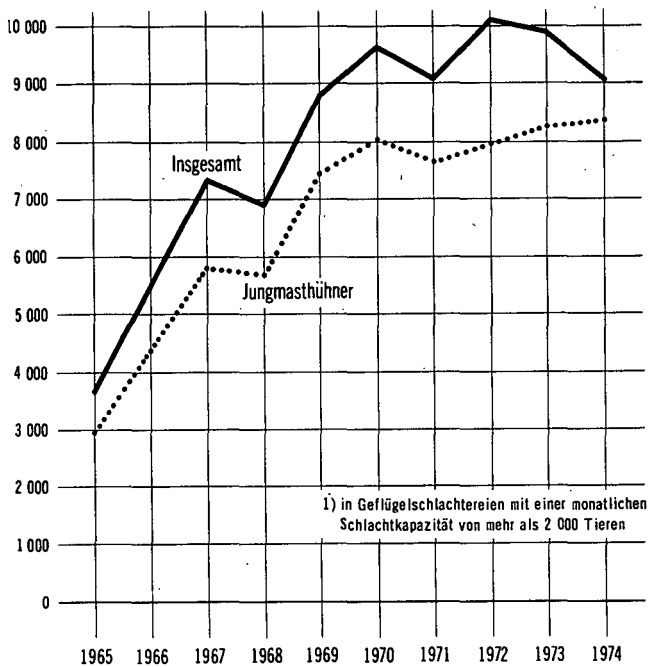
1) mit einer monatlichen Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren

Der Rückgang in der Zahl der Geflügelschlachtereien zwischen 1970 und 1974 brachte auch eine geringe Reduzierung in der Schlachtkapazität mit sich. Überwiegend haben jedoch Geflügelschlachtereien mit einer monatlichen Schlachtkapazität von unter 50 000 kg den Betrieb stillgelegt.

Die Schlachtmenge des in den meldepflichtigen Geflügelschlachtereien geschlachteten Geflügels hat sich von 1965 bis 1972 (10,1 Mill. kg) fast verdreifacht. Danach trat entsprechend dem rückläufigen Pro-Kopf-Verbrauch an Geflügelfleisch auch ein Rückgang bei dem geschlachteten Geflügel ein.

Bei den Geflügelschlachtungen machen die Broiler (Masthähnchen) mit 80% bis 90% den größten Anteil aus. Die Masthähnchenküken, die wie alle Hühner nach einer Brutzeit von 21 Tagen mit einem Gewicht von ca. 40 Gramm schlüpfen, erreichen nach sechs bis sieben Wochen Mastzeit ein Gewicht von 1,4 bis 1,6 kg Lebendgewicht. Zu diesem Zeitpunkt haben die Tiere fast das Doppelte

In Schleswig-Holstein geschlachtetes¹⁾ Geflügel
in Tausend kg



1) in Geflügelschlachtereien mit einer monatlichen Schlachtkapazität von mehr als 2 000 Tieren

ihres Lebendgewichtes an Futter verbraucht. Obwohl die wöchentliche Gewichtszunahme bis zur Schlachtreife der Tiere steigt, verschlechtert sich bei steigendem Futtermittelverbrauch die Futterverwertung. Die Tiere werden mit einem Lebendgewicht von 1,4 bis 1,6 kg geschlachtet und je nach Marktbedarf unterschiedlich zubereitet oder frisch abgegeben.

Bei den Geflügelschlachtungen des übrigen Geflügels haben lediglich noch die Suppenhühner und Truthühner eine nennenswerte Bedeutung, während die Enten, Gänse und Perlhühner nur in unerheblichem Umfang in den meldepflichtigen Betrieben geschlachtet werden.

Die Truthühnerschlachtungen erreichten 1972 den höchsten Stand. Danach trat ein starker Rückgang ein, der mit sinkenden Preisen für Putenfleisch begründet wird.

Geflügelfleischerzeugung¹

	Jungmast- hühner	Suppen- hühner	Enten	Gänse	Truthühner	Ins- gesamt
1 000 kg						
1965	2 936,1	629,9	37,2	0,0	23,5	3 626,7
1970	8 014,0	798,7	26,8	-	797,5	9 637,0
1971	7 632,0	964,6	58,3	0,1	409,9	9 064,9
1972	7 947,3	744,8	54,0	1,0	1 363,9	10 110,9
1973	8 225,8	666,6	59,2	-	945,9	9 897,5
1974	8 346,2	428,0	30,5	2,0	249,6	9 056,3

1) in Geflügelschlachtereien mit einer monatlichen Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren

Die Geflügelstatistik kann sicher nicht den einzelnen Unternehmern die Entscheidung über die anfallenden Probleme abnehmen. Aber sie kann zusammen mit anderen zur Verfügung stehenden Zahlen als wichtige Entscheidungshilfe herangezogen werden. Maßnahmen auf dem Geflügelsektor, die die gegenwärtig schwierige Situation beheben sollen, können nur sinnvoll sein, wenn sie in der gesamten EG durchgeführt werden. Das wiederum verlangt einheitliches, aktuelles und vergleichbares Zahlenmaterial der einzelnen EG-Mitgliedsländer.

Der hier vorliegende Bericht enthält Zahlenmaterial der meldepflichtigen Brütereien und

Geflügelschlachtereien. Zahlen über den Umfang der Naturbrut und über die Menge des außerhalb der meldepflichtigen Geflügelschlachtereien geschlachteten Geflügels liegen nicht vor. Die wesentlichen Mengen werden jedoch - insbesondere bei den wichtigsten Geflügelarten, Legehennen und Jungmasthühnern - in den meldepflichtigen Betrieben erbrütet und geschlachtet.

Weitergehende Ergebnisse erscheinen in den monatlichen Statistischen Berichten der Reihe C III 6.

Thomas Clausen

Die Verwendung von Ackerschleppern und Maschinen für die Feldwirtschaft

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1971/72

Die schleswig-holsteinische Landwirtschaft hat während des vergangenen Jahrzehnts einen außerordentlichen Strukturwandel vollzogen. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ab 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) verringerte sich von 1960 bis 1971 um 24%. Gleichzeitig nahm die Zahl der vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte in diesen Betrieben um 40% und die Zahl der ständigen familienfremden Arbeitskräfte um 65% ab. 1971 hatten die landwirtschaftlichen Betriebe ab 2 ha LF (einschließlich Gartenbaubetriebe) im Durchschnitt nur noch einen Arbeitskräftebesatz von 5,5 Voll-Arbeitskräften/100 ha LF. 1960 dürfte der Arbeitskräftebesatz schätzungsweise annähernd doppelt so hoch gewesen sein. 1960 betrug das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft 7 770 DM, 1971 waren es bereits 16 200 DM. In Preisen von 1962 gerechnet stieg das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft im gleichen Zeitraum von 8 470 DM auf 15 500 DM, was einer Produktionssteigerung von 83% entspricht. Diese Produktivitätssteigerungen wurden ermöglicht durch die weitgehende Technisierung der Arbeitsverfahren der Außenwirtschaft und der Innenwirtschaft, die mit Spezialisierung, zumindest Schwerpunktbildung in den Betrieben und Vergrößerung der betrieblichen Einheiten sowie mit der Einführung technisierungsfreundlicher Ernteverfahren und Viehhaltungsformen einhergingen.

Ackerschlepper

Ausgangspunkt für die Technisierung der Außenwirtschaft ist nach wie vor der Ackerschlepper. Die Schlepperdichte vergrößerte sich von 1960 bis 1971, wie die erste Übersicht zeigt, noch erheblich. Von allen Betrieben ab 2 ha LF hatten 1961 nur knapp zwei Drittel, 1971 jedoch 94% einen Ackerschlepper. Unter den Betrieben mit 10 und mehr ha LF gab es nur 410 Betriebe ohne Ackerschlepper. Es dürfte sich hierbei um reine Grünlandbetriebe (Gräserbetriebe) handeln. Auch von den Kleinbetrieben (2 bis 10 ha LF) unter denen auch viele Gartenbaubetriebe waren, verwendeten bereits 78%

Die Verwendung von Ackerschleppern¹ in den landwirtschaftlichen Betrieben ab 2 ha LF 1960 und 1971

Größenklasse nach der LF (LN) in ha	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt		darunter mit Verwendung von Ackerschleppern überhaupt	
	1960	1971	1960	1971
			%	
2 - 10	14 829	8 045	22	78
10 - 20	13 159	6 882	61	97
20 - 50	17 729	17 812	86	99
50 - 100	3 077	4 083	97	99
100 und mehr	571	733	96	99
Zusammen	49 365	37 555	61	94

1) ohne Einachsschlepper, Motormäher u. ä.

Ackerschlepper. Darüber hinaus verwendeten 1971 noch 2 306 Betriebe (ab 2 ha LF) Einachsschlepper, Motormäher oder andere einachsige Motorgeräte, darunter 932 Betriebe der Größenklasse 2 bis 10 ha LF.

Es gab also - abgesehen von den bereits erwähnten Gräserbetrieben - 1971 nur sehr wenige Betriebe, die auf eine Motorisierung der Feldwirtschaft verzichtet hatten.

Betriebe mit Ackerschlepperverwendung überhaupt und mit Ackerschleppern im Alleinbesitz 1971

Größenklasse nach der LF in ha	Betriebe mit Ackerschlepperverwendung überhaupt	darunter mit Ackerschleppern im Alleinbesitz			
		Betriebe		Ackerschlepper	
		Anzahl	%	Anzahl	durchschnittlich je Betrieb
2 - 10	6 264	4 612	74	5 120	1,1
10 - 20	6 647	6 289	95	8 041	1,3
20 - 50	17 673	17 487	99	31 376	1,8
50 - 100	4 054	4 007	99	10 410	2,6
100 und mehr	726	720	99	3 713	5,2
Zusammen	35 364	33 115	94	58 660	1,8

1) ohne Einachsschlepper, Motormäher u. ä.

Die landwirtschaftlichen Betriebe von etwa 10 ha LF an verwenden fast ausschließlich betriebseigene Schlepper. Kleinbetriebe verwendeten jedoch häufig auch Schlepper im gemeinschaftlichen Besitz mit anderen Betrieben oder Schlepper des Nachbarn oder eines Lohnunternehmers. Größere Betriebe jedoch besitzen heute überwiegend bereits mehrere Ackerschlepper. Die Betriebe der Größenklasse 50 bis 100 ha LF hatten 1971 im Durchschnitt bereits 2 bis 3 betriebseigene Ackerschlepper, die Betriebe der Größenklasse 100 und mehr ha LF im Durchschnitt mehr als 5 Ackerschlepper.

Nicht nur die Verbreitung der Ackerschlepper, sondern auch ihre Stärke und Ausstattung haben sich seit 1960 erheblich gewandelt.

PS-Leistung der Ackerschlepper im Alleinbesitz der landwirtschaftlichen Betriebe ab 2 ha LF¹

	1960		1971	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Schlepper insgesamt ²	38 227	100	58 660	100
davon mit einer Nennleistung von bis 24 PS	22 162	58	13 755	23
24 - 34 PS	11 831	31	16 103	27
34 - 50 PS	4 234	11	19 053	32
50 und mehr PS			9 749	17

1) 1960: LN

2) ohne Einachsschlepper, Motormäher u. ä.

1960 hatten erst 11% aller betriebseigenen Ackerschlepper eine Nennleistung von 24 und mehr PS. 1971 war es bereits die Hälfte, darunter 17% mit 50 und mehr PS. Die absolute Zahl der Schlepper mit 34 und mehr PS Leistung stieg von 1960 bis 1971 auf annähernd das Siebenfache.

Im Gegensatz zu 1960 dürfte es heute kaum noch Schlepper ohne Ausrüstung mit hydraulischer Hebevorrichtung geben. Von den vielen möglichen Anbaugeräten wurde 1960 wie 1971 lediglich der Anbaulader erfragt, allerdings in nicht voll vergleichbarer Art. 1960 waren erst 4% aller Schlepper mit einem Anbaulader ausgerüstet. 1971 verwendeten fast 40% aller Betriebe mit betriebseigenen Schleppern Anbaulader. Hieraus kann man schließen, daß 1971 etwa ein Viertel aller Schlepper mit einem Anbaulader ausgerüstet war.

Ausgewählte Maschinen für die Feldwirtschaft

Im Rahmen der Vollerhebung der Landwirtschaftszählung 1971 wurden - um das Fragenprogramm nicht allzu groß werden zu lassen - nur ausgewählte Maschinen und Geräte der Außen- und Innenwirtschaft erfragt und zwar solche "Leitmaschinen", die nach dem Stand der Technik 1971 die höchsten Mechanisierungsstufen anzeigten oder ermöglichten. Bodenbearbeitungsgeräte wurden z. B. gar nicht erfragt, da mit den vorhandenen Schleppern die Bodenbearbeitung weitgehend vollmechanisch erledigt wird, ebenso die Unkrautbekämpfungs- und Pflanzenschutzmaßnahmen - von Ausnahmen im Hackfrucht- und Gemüsebau abgesehen -. Von den Bestellungsgeräten wurden lediglich die Einzelkornsämaschine und die vollautomatische Kartoffellegemaschine in das Fragenprogramm aufgenommen.

Die Einzelkornsämaschine wurde von 13 550 Betrieben verwendet, darunter hatten jedoch nur 3 000 Betriebe das Gerät im Alleinbesitz. Nimmt man an, daß diejenigen Betriebe, die eine Einzelkornsämaschine verwendeten, ihre ganzen in Frage kommenden Flächen damit bestellt haben, so wurden von der gesamten Zuckerrüben-, Futterhackfrucht- und Maisfläche Schleswig-Holsteins zwei Drittel mit diesem Gerät bestellt. Die Verwendung des Gerätes nimmt - wie bei allen größeren Maschinen - mit der Größe der Betriebe und damit auch mit dem Umfang der jeweiligen Anbaufläche pro Betrieb zu.

Letzteres zeigt sich noch wesentlich ausgeprägter bei der Verwendung von vollautomatischen Kartoffellegemaschinen. In den kartoffelanbauenden Betrieben der Größen-

klasse 2 bis 10 ha LF wurden nur 9%, in der Größenklasse 100 und mehr ha LF dagegen drei Viertel der Kartoffelanbaufläche vollautomatisch bestellt. Insgesamt verwendeten knapp 2 350 Betriebe vollautomatische Kartoffellegemaschinen, allerdings nur 822 Betriebe diese Geräte im Alleinbesitz. Wie noch zu erläutern ist, produzierte die Mehrzahl der kartoffelanbauenden Betriebe Kartoffeln nicht für den Markt, sondern nur für den Eigenverbrauch.

Von den erfragten Erntemaschinen, die alle eine vollmechanische Ernte - zumeist in einem Arbeitsgang - ermöglichen, ist der Mähdrescher die am häufigsten verwendete. 1971 verwendeten knapp 30 000 Betriebe diese Maschine, darunter wiederum nur knapp 7 700 Mähdrescher im Alleinbesitz. Da auch kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe auf das arbeitssparende, schnelle und verlustarme Ernteverfahren des Mähdrusches nicht verzichten wollen, ein Mähdrescher jedoch eine Mindest-Erntefläche benötigt, um kostengünstig eingesetzt werden zu können, verwendet die Mehrzahl der Betriebe Mähdrescher in gemeinschaftlichem Besitz mit anderen Betrieben oder Lohn-Mähdrescher. So konnten auch in den Betrieben der Größenklasse 2 bis 10 ha LF über 80% der Mähdruschfrüchte mit Mähdreschern geerntet werden. Erst von einer Betriebsgröße von 20 ha LF an werden in nennenswertem Umfang Mähdrescher im Alleinbesitz verwendet, von 50 ha LF aufwärts dann auch überwiegend. Von der gesamten Fläche der Mähdruschfrüchte (im wesentlichen Getreide und Raps)

Schleswig-Holsteins wurden 1971 über 97% mit dem Mähdrescher geerntet, wenn man auch hier unterstellt, daß in den Betrieben, welche diese Maschine überhaupt verwenden, auch sämtliches Getreide, sämtlicher Raps usw. mit dem Mähdrescher abgeerntet wurden. Ein Blick auf die Zahlen des Jahres 1960 zeigt noch einmal den Einfluß des technischen Fortschritts im vergangenen Jahrzehnt. Damals war lediglich in den Betrieben ab 100 ha LN der Mähdrusch das überwiegende Getreideernteverfahren gewesen. Von allen getreideanbauenden Betrieben verwendeten nur 13 000, das war knapp ein Drittel, den Mähdrescher, viele daneben auch noch den Mähbinder und anschließend die Dreschmaschine.

Sehr viel schwieriger - in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht - ist die vollautomatische Ernte von Kartoffeln zu verwirklichen. Auch im Jahre 1971 wurde erst die Hälfte der Kartoffeln mit Kartoffel-Sammelroder geerntet, davon wiederum etwa die Hälfte mit Maschinen im Alleinbesitz der Betriebe, die andere Hälfte mit Gemeinschafts- oder Lohnmaschinen. In den größeren Betrieben ist auch hier die vollautomatische Ernte wesentlich stärker verbreitet, als in den Kleinbetrieben. Wesentliches Hindernis für eine stärkere Verbreitung des Kartoffel-Sammelroders sind nicht nur die technischen Schwierigkeiten der Trennung der Steine von den Kartoffeln und der schonenden Behandlung der empfindlichen Knollen, sondern auch die vielen kleinen Anbauflächen. 1971 hatten von den etwa 10 500 Betrieben mit Kartoffelanbau (ab 2 ha LF) 7 200 eine Kartoffelanbaufläche

Die Verwendung von ausgewählten Maschinen und Geräten in den landwirtschaftlichen Betrieben mit 2 und mehr ha LF 1971

Maschine/Gerät	Fläche ¹ insgesamt in ha	Betriebe mit Verwendung der in der Vorspalte genannten Maschinen/Geräte			
		überhaupt		im Alleinbesitz	
		Betriebe	Fläche ¹ ha	Betriebe	Fläche ¹ ha
Einzelkornsämaschine für Futter- und Zuckerrüben oder Mais	59 529	13 543	39 936	2 999	12 295
Vollautomatische Kartoffellegemaschine	11 368	2 342	5 808	822	3 281
Mähdrescher	484 656	28 829	472 361	7 677	249 763
Kartoffel-Sammelroder	11 368	2 385	6 331	627	3 125
Zuckerrüben-Sammelköpfröder	14 974	2 678	12 537	414	5 506
Sammelroder für Futter- und Stoppelrüben	36 109	6 547	13 307	976	2 314
Feldpresse	785 583	26 961	633 290	11 175	357 812
Feldhäcksler	305 689	9 122	111 601	3 966	55 297
Ladewagen mit automatischer Be- und Entladevorrichtung	585 052	5 166	117 032	4 274	101 120
Fördergeräte für Grünfutter, Heu und Stroh	793 633	20 365	567 892	19 375	545 175
Heubelüftungsanlagen	305 689	(3 076)	(39 709)	3 048	39 396
Körnertrocknungsanlagen	484 656	(4 869)	(141 330)	3 085	116 374

1) mögliche Bearbeitungsfläche; genaue Erläuterungen im Statistischen Bericht C/Landwirtschaftszählung 1971 - 9, S. 200

von weniger als 1 ha (im Durchschnitt 0,3 ha). In diesen Betrieben, die Kartoffeln lediglich zur Selbstversorgung und/oder für Deputatzwecke anbauen, konnte nur selten ein teurer Sammelroder wirtschaftlich eingesetzt werden. Weitere 2 900 Betriebe hatten Kartoffelanbauflächen zwischen 1 und 5 ha und nur rund 410 Betriebe solche von 5 und mehr ha. Trotz der technischen und ökonomischen Schwierigkeiten und des insgesamt stark rückläufigen Kartoffelanbaus hat sich die Zahl der Betriebe mit Verwendung von Sammelrodern seit 1960 annähernd verdoppelt.

Wesentlich günstiger sind die technischen und strukturellen Voraussetzungen für die vollmechanische Ernte der Zuckerrüben. Die durchschnittliche Größe der Zuckerrübenanbaufläche pro Betrieb betrug 1971 bei insgesamt rund 3 700 Betrieben (ab 2 ha LF) mit Zuckerrübenanbau 4,04 ha (gegenüber 0,92 ha Kartoffelanbaufläche im Durchschnitt der 10 500 kartoffelanbauenden Betriebe). Von den 3 700 Betrieben verwendeten knapp 2 700 einen Zuckerrüben-Sammelköpfröder, darunter nur 414 eine Maschine im Alleinbesitz. Nur Großbetriebe oder Betriebe, welche die Maschine gegen Entlohnung in anderen Betrieben einsetzen, können die angesichts der hohen Anschaffungskosten und der Leistung des Zuckerrüben-Sammelköpfröders erforderlichen Ernteflächen erreichen. Im Durchschnitt aller Betriebe ab 2 ha LF wurden 84% der Zuckerrübenanbaufläche mit dieser Maschine, die eine Ernte der Zuckerrüben einschließlich Köpfen des Zuckerrübenblattes gestattet, geerntet, in den Betrieben mit 100 und mehr ha LF sogar über 90%, in den Betrieben unter 50 ha LF weniger als drei Viertel der gesamten Zuckerrüben. Gegenüber 1960 hat die Zahl der Betriebe mit Verwendung von Zuckerrüben-Sammelköpfrödern nur um etwa 100 zugenommen.

Ergänzend muß angemerkt werden, daß eine Reihe von Betrieben auch in einem zweistufigen Verfahren (vorweg Köpfen und Ernten des Zuckerrübenblattes und in einem zweiten Arbeitsgang Roden und Sammeln der Rüben) vollmechanisch ernten. Es kann angenommen werden, daß die restlichen 16% der Zuckerrübenfläche überwiegend auf diese Weise abgeerntet werden.

Auch die Futterrüben werden bereits zu einem großen Teil vollmechanisch - zumeist in dem für die Zuckerrübenenernte beschriebenen zweistufigen Verfahren - geerntet. Unter den bereits bei anderen Fruchtarten beschriebenen Annahmen wurden 1971 rund 37% der Futterhackfrüchte mit einem Sammelroder geerntet. Die strukturellen Voraussetzungen für die Einführung hochtechnisierter Ernteverfahren sind bei den Futterhackfrüchten jedoch wesent-

lich ungünstiger als bei den Zuckerrüben. 1971 bauten 23 000 Betriebe (ab 2 ha LF) Futterhackfrüchte an. Sie hatten eine durchschnittliche Futterhackfruchtfläche von nur 1,6 ha. Für die meisten Betriebe ist es daher ökonomisch nicht sinnvoll, Sammelroder für die Futterhackfruchternte im Alleinbesitz anzuwenden. Von den insgesamt 6 547 Betrieben mit Verwendung von Sammelrodern für die Futterhackfrüchte (das waren 29% aller Anbauer) verwendeten daher auch nur knapp 1 000 Betriebe Maschinen im Alleinbesitz, die übrigen setzten Gemeinschafts- oder Lohnmaschinen ein.

Nicht nur die Ernte der Verkaufsfrüchte und der Futterhackfrüchte, sondern auch die Rauhfutterernte ist nach den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 1971 weitgehend mechanisiert. Am stärksten verbreitet sind hierbei die Feldpressen. Fast 27 000 Betriebe mit einer Rauhfutter-, Getreide- und Handelsgewächsfläche von 633 000 ha (81% der entsprechenden Gesamtfläche) verwendeten 1971 Feldpressen, darunter 11 200 Betriebe diese Maschinen im Alleinbesitz. Annähernd gleich stark verbreitet, und zwar fast ausschließlich im Alleinbesitz, waren die Fördergeräte für Grünfutter, Heu und Stroh, mit denen die Transportkette des Rauhfutters bis zur Lagerung abgeschlossen wird. 1971 verwendeten über 20 000 Betriebe derartige Fördergeräte.

Nach der Feldpresse steht von den Rauhfuttererntemaschinen der Feldhäcksler an zweiter Stelle. Er wurde 1971 in gut 9 100 Betrieben verwendet, darunter knapp 4 000 Betriebe mit Feldhäckslern im Alleinbesitz. Der Feldhäcksler wird insbesondere für die Ernte von Grünfutter - auch von Rübenblatt - zur Silagebereitung eingesetzt und dürfte daher auch vielfach neben der Feldpresse oder auch neben dem Ladewagen in den gleichen Betrieben verwendet werden, insbesondere in größeren Betrieben.

In 5 200 Betrieben wurde der Ladewagen mit automatischer Be- und Entladevorrichtung verwendet, ganz überwiegend im Alleinbesitz.

Zu den Erntemaschinen im weiteren Sinne können auch die Heubelüftungs- und Körner-trocknungsanlagen gerechnet werden. Diese Einrichtungen schließen die Kette der vollmechanischen Heuernte und der vollmechanischen Getreideernte ab. Heubelüftungsanlagen verwendeten 1971 knapp 3 100 landwirtschaftliche Betriebe und zwar überwiegend Betriebe ab 20 ha LF. Die Rauhfuttererntefläche der Betriebe mit Verwendung von Heubelüftungsanlagen machte rund 13% der entsprechenden Gesamtfläche im Lande aus. Die Heubelüftungsanlagen waren fast ausschließlich Alleinbesitz der Betriebe.

Bei der Beantwortung der Frage nach der Verwendung von Körnertrocknungsanlagen dürften die befragten Betriebe überwiegend nur die Verwendung im eigenen Betrieb berücksichtigt haben. Insgesamt gaben 1971 knapp 4 900 Betriebe die Verwendung von Körnertrocknungsanlagen an, darunter 3 100 die Verwendung derartiger Anlagen im Alleinbesitz. Die weit verbreitete Trocknung des Getreides in den Betrieben des Getreidehandels dürfte hier kaum berücksichtigt sein, da sie erst nach Verkauf des Getreides stattfindet. Im übrigen ist der Umfang der Verwendung von Körnertrocknungsanlagen sehr stark von der Witterung zur Zeit der Getreide- und Ölfruchternte abhängig. Die Verwendung von (betriebseigenen) Getreidetrocknungsanlagen war - weit mehr als z. B. die Verwendung der Heubelüftungsanlagen - sehr stark auf die größeren landwirtschaftlichen Betriebe konzentriert.

Die Mechanisierung im Vergleich zum Bundesgebiet

Die Betriebs- und Anbaustruktur der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft bietet für die Anwendung hochtechnisierter Arbeitsverfahren wesentlich günstigere Voraussetzungen als die Struktur im Durchschnitt des Bundesgebietes.

Durchschnittliche Anbauflächen pro Betrieb 1971
landwirtschaftliche Betriebe ab 2 ha LF

	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein
	ha	
Getreide insgesamt	6,3	13,7
Kartoffeln	0,7	1,1
Zuckerrüben	2,8	4,0
Futterhackfrüchte	0,6	1,6
Ackerfutterbau	1,7	5,7
Dauergrünland	6,2	13,3

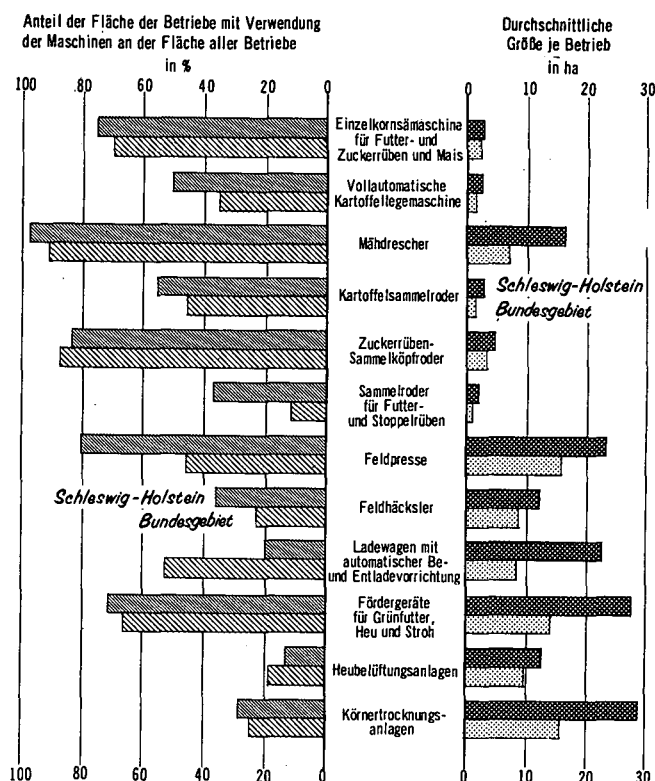
So waren 1971 die durchschnittliche Kartoffel- und Zuckerrübenanbaufläche pro Betrieb im Lande um die Hälfte größer als im Bundesgebiet, die Getreideanbaufläche pro Betrieb betrug mehr als das Doppelte und die Fläche der Futterhackfrüchte und des Ackerfutterbaus das Dreifache des Bundesdurchschnitts.

Dennoch ist die Verbreitung der Anwendung auch der "vollmechanischen" Arbeitsmaschinen, wie das erste Bild zeigt, in Schleswig-Holstein nicht in allen Fällen und nicht wesentlich größer als im Bundesdurchschnitt. Wenn auch die etwas geringere Verbreitung des Zuckerrüben-Sammelköpfröders auf etwas häufigere Anwendung des zweistufigen ("dänischen") Ernteverfahrens in Schleswig-Holstein zurück-

D - 4737

Maschinenverwendung in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet 1971

- Betriebe mit 2 und mehr ha LF -



geführt werden kann, so entspricht die geringere Verbreitung des Ladewagens sicher den Tatsachen. Ihr steht eine häufigere Verwendung der Feldpressen gegenüber. Trotz der - ebenfalls aus dem Bild ersichtlichen - wesentlich kleineren Einsatzflächen werden die meisten der erfassten Maschinen im gesamten Bundesgebiet in vergleichsweise großem Umfang eingesetzt. Dieser Einsatz landwirtschaftlicher Großmaschinen und hochmechanisierter Arbeitsverfahren wurde im Bundesgebiet nicht, wie zu erwarten war, durch vermehrten überbetrieblichen Maschineneinsatz erreicht. Im Gegenteil, wie das folgende Bild zeigt, ist der überbetriebliche Einsatz bei den meisten Maschinen in Schleswig-Holstein verbreiteter als im Bundesdurchschnitt.

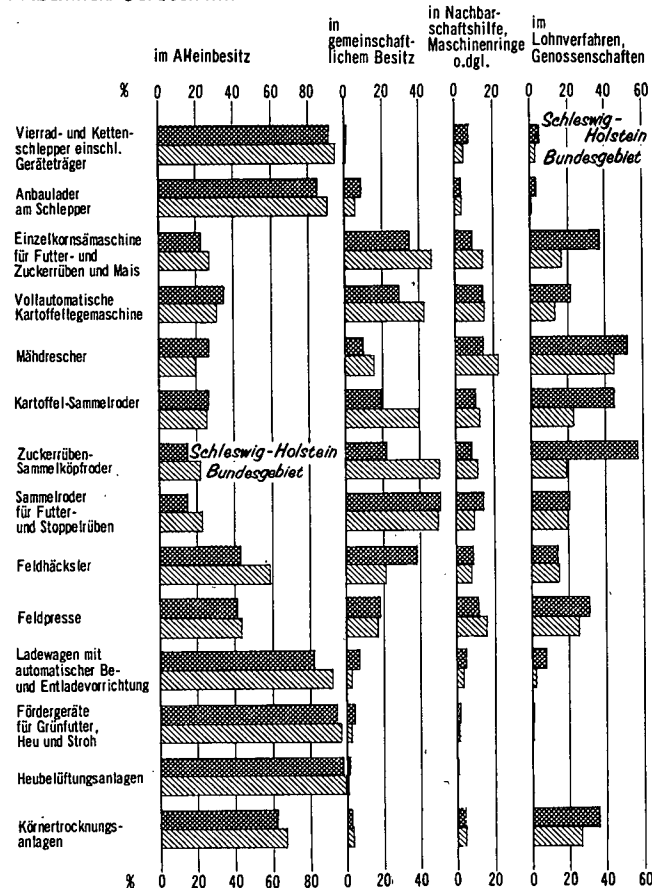
Die hohen Anschaffungskosten und die daraus resultierenden erforderlichen Mindest-Bearbeitungsflächen erfordern bei vielen landwirtschaftlichen Maschinen den überbetrieblichen Einsatz, wenn er eine Rationalisierung bedeuten und die Kosten senken soll. Die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung zeigen, daß die schleswig-holsteinische Landwirtschaft überall dort, wo es die Arbeitsverfahren erlauben und es sich nicht um stationäre oder weniger teure Maschinen handelt, in großem Umfang

Besitzformen der Maschinenverwendung in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet 1971

D - 4738

- alle landwirtschaftlichen Betriebe -

Verwendung von
Maschinen/Geräten



Bei den großen (und teuren) Mähdreschern und den verschiedenen Sammelroder überwiegt bei weitem der überbetriebliche Einsatz und zwar beim Mähdrescher, beim Kartoffel-Sammelroder und Zuckerrüben-Sammelköpfröder das Lohnverfahren, beim Futterrüben-Sammelroder dagegen der gemeinschaftliche Besitz mit anderen Betrieben.

Ein Vergleich der schleswig-holsteinischen Zahlen mit denen des gesamten Bundesgebietes zeigt - wie bereits erwähnt - nicht, was man erwarten könnte: daß nämlich der überbetriebliche Maschineneinsatz im Bundesgebiet generell stärker verbreitet ist, weil die Betriebs- und Anbaustruktur dort wesentlich ungünstiger ist als in Schleswig-Holstein. Die Gründe mögen teilweise in der geringeren Verbreitung des Maschineneinsatzes überhaupt und in der Verwendung kleinerer Maschineneinheiten liegen, es dürften jedoch auch andere, nicht ökonomische Gründe eine Rolle spielen.

Wie die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung zeigen, wurden in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft im Jahre 1971 überwiegend bereits hochmechanisierte und handarbeitsparende Arbeitsverfahren in der Feldwirtschaft angewendet. In großem Umfang wurden die Möglichkeiten des kostengünstigeren überbetrieblichen Maschineneinsatzes genutzt. Mit den von Jahr zu Jahr größer werdenden Maschineneinheiten könnte die Bedeutung des überbetrieblichen Maschineneinsatzes in Zukunft noch zunehmen, da dem Tempo des Flächenwachstums der Betriebe, die einhergeht mit der Abnahme der Zahl der Betriebseinheiten, Grenzen gesetzt sind. Die Veränderungen in Qualität und Leistungsfähigkeit der Landmaschinen, die bereits in der Vergangenheit große Bedeutung hatten, und die von der Statistik nur bei den Schleppern teilweise ausgewiesen wurden, dürften in Zukunft vorrangig sein. Diese Veränderungen können mit einer Massenstatistik jedoch nur unvollkommen erfaßt werden.

Dr. Matthias Sievers

Vergleiche auch: "Maschinenverwendung in der Landwirtschaft (Ergebnis der Landwirtschaftszählung 1971)" in Wirtschaft und Statistik 1975, S. 677 (Oktober)

die kostengünstige Form des überbetrieblichen Einsatzes nutzt. Lediglich der Ackerschlepper und der dazugehörige Anbaulader sowie der Ladewagen werden überwiegend im Alleinbesitz gehalten, da sie fast während des gesamten Jahres benötigt werden und ein überbetrieblicher Einsatz auf organisatorische Schwierigkeiten stoßen würde. Den Schlepper gibt es darüber hinaus mit sehr unterschiedlicher Leistung und zu entsprechend unterschiedlichen Preisen, so daß eine Anpassung an den Bedarf leichter möglich ist. Darüber hinaus werden die Fördergeräte und die Heubelüftungsanlagen fast ausschließlich im Alleinbesitz verwendet.

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte". Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit
- = = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Kurzberichte

91 000 Sozialhilfeempfänger

Die Zahl der Personen, die im Laufe eines Jahres einmal, mehrmals oder laufend Sozialhilfe erhalten haben, hat im Jahre 1974 die Rekordhöhe von 91 000 erreicht. Sie liegt damit um 40% höher als zehn Jahre zuvor, als es knapp 65 000 Personen waren. Noch 1969 lag die Zahl bei 67 000, aber in den fünf Jahren bis 1974 ist sie um 24 000 gestiegen. Die stärkste jährliche Zunahme war von 1973 auf 1974 zu verzeichnen, nämlich um mehr als 7 000 Personen oder fast 9%.

	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen	Empfänger von Sozialhilfe überhaupt
1964	38 446	36 138	64 684
1965	36 215	38 553	64 744
1966	35 641	40 232	66 218
1967	37 475	42 316	70 147
1968	34 000	44 057	68 755
1969	31 746	43 834	66 751
1970	32 689	45 337	68 974
1971	35 979	48 144	74 340
1972	39 074	49 879	79 202
1973	41 385	52 408	83 531
1974	48 099	53 730	90 915

Die Zahl der Hilfeempfänger lag nicht in jedem Jahr höher als im vorausgegangenen. Rückgänge sind 1968 und 1969 zu beobachten. Sie beschränken sich allerdings auf die eine der beiden Gruppen, die die Gesamtzahl bilden, nämlich auf die Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt.

Welchen Einflüssen unterliegt die hier betrachtete Zahl der Hilfeempfänger? Sie steigt einmal, wenn die Zahl der Personen mit unzureichendem Einkommen wächst, und zum anderen, wenn der Betrag des Einkommens, das man als unzureichend ansieht, erhöht wird. Das erste ist Ausdruck einer konjunkturellen Talfahrt, das zweite wird vom Staat gesetzt und berücksichtigt den Anstieg des Preisniveaus und des Lebensstandards. Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Vertriebe setzt jährlich oder in anderen für richtig gehaltenen Abständen die sogenannten Regelsätze in der Sozialhilfe fest. Von den mehreren, für Altersgruppen differenzierten Sätzen wird im folgenden nur der für erwachsene Haushaltsangehörige und Alleinstehende angegeben:

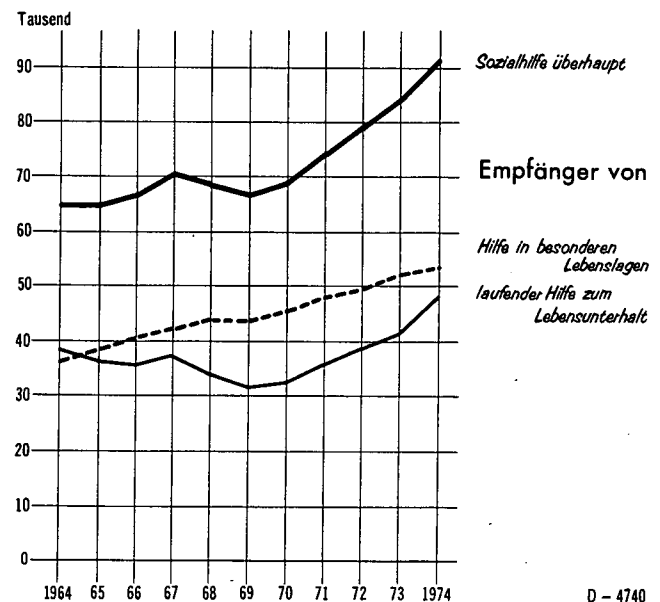
1. 6. 1964	114 DM	1. 1. 1970	138 DM	1. 1. 1974	235 DM
1. 11. 1965	120 DM	1. 6. 1971	186 DM	1. 1. 1975	254 DM
1. 1. 1967	126 DM	1. 6. 1972	200 DM	1. 1. 1976	268 DM
1. 1. 1969	132 DM	1. 6. 1973	215 DM		

Zur Auszahlung von Sozialhilfe im Einzelfall kommt es dann, wenn jemand so bedürftig

wird, daß sein Einkommen (aus Arbeit, Unterhaltsleistung von Verwandten, Versicherungen oder anderem) unter dem Regelsatz liegt. Dann wird, was diese Voraussetzung betrifft, auf Antrag die sogenannte laufende Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt. Daneben und außerdem an andere Personen, die wegen besonderer Ereignisse vorübergehend in Not geraten sind, wird die Hilfe in besonderen Lebenslagen zugesprochen. Wegen der Überschneidungen ist die Summe der Empfänger beider Hilfearten immer größer als die der Empfänger von Sozialhilfe überhaupt, die hier zunächst betrachtet wurde. Diese Differenz - man kann sie sich als Zahl der Personen vorstellen, die beide Hilfearten beziehen - ist in den betrachteten zehn Jahren mit etwa 10 000 weitgehend konstant geblieben.

Die getrennte Betrachtung der Empfängerzahlen - laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen - läßt einen Unterschied im Verlauf beider Kurven erkennen.

Sozialhilfe-Empfänger



Bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen steigt die Kurve über die ganzen zehn Jahre hinweg, fast gleichmäßig an. Lediglich 1969 gab es einmal um 0,5% weniger Unterstützte als 1968. Die Kurve der Empfänger laufender Hilfe dagegen weist eine breite Senke um das Jahr 1969 herum auf. Ob und in welcher Weise diese Senke mit der wirtschaftlichen Rezession von 1967 in Verbindung gebracht werden darf, kann der Statistiker nicht beurteilen.

Arnold Heinemann

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

28. Jahrgang Heft 1 Januar 1976

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 573	2 583	2 586	2 585	2 585	2 585
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 266	1 248	1 313	1 194	1 104	1 775	1 288	1 285	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,9	5,8	6,2	5,4	5,2	8,1	6,1
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 199	2 129	2 141	2 051	1 876	2 007	2 017	1 942	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		10,3	9,9	10,1	9,3	8,8	9,1	9,5
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 693	2 674	2 493	2 746	2 646	2 804	2 514	2 687	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,6	12,4	11,7	12,5	12,5	12,8	11,8
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	48	38	31	51	37	46	31	48	...
* je 1 000 Lebendgeborene		21,7	18,0	14,5	24,9	19,7	22,9	15,4	24,7	...
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 494	- 545	- 352	- 695	- 770	- 797	- 497	- 745	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 2,3	- 2,5	- 1,7	- 3,2	- 3,6	- 3,6	- 2,3
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 280	7 145	7 147	8 618	6 705	6 354
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 468	6 204	6 951	8 487	5 845	5 860
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 812	+ 941	+ 196	+ 131	+ 860	+ 494
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 318	10 248	10 248	11 766	10 584	10 454
Wanderungsfälle	Anzahl	25 066	23 597	24 346	28 871	23 134	22 668
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		165	157	163	185	159	151
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	14	29	25	32	39	41	40	44	49
darunter *Männer	1 000	8	17	14	18	22	22	21	23	26
Offene Stellen	1 000	20	14	12	10	8	11	9	8	7
darunter für Männer	1 000	13	8	8	7	5	6	6	5	4
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 496 ^a	1 507 ^a
darunter *Milchkühe			
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	504 ^a	495 ^a
*Schweine	1 000	1 659 ^a	1 567 ^a	.	.	.	1 711	.	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	168 ^a	168 ^a	.	.	.	170	.	.	.
darunter *trächtig	1 000	111 ^a	111 ^a	.	.	.	115	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	31	36	44	54	45	33	42	58	40
*Kälber	1 000 St.	1	2	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	200	214	219	232	228	207	222	242	214
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	7 ^b	7 ^c	4	7	15	2	3	5	11
*Schlachtungsmengen ⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel)										
1 000 t		24,2	27,2	30,4	34,5	30,0	26,4	30,1	36,1	27,6
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,0	9,5	11,9	14,9	11,7	8,9	11,3	15,5	10,0
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	16,1	17,5	18,3	19,3	18,1	17,2	18,7	20,4	17,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	264	270	270	284	278	272	273	277	286
Kälber	kg	95	96	96	102	100	93	94	95	94
Schweine	kg	83	85	85	86	85	84	85	86	86
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ⁶⁾										
*für Legehennenküken	1 000	515	514	500	548	460	456	482	419	376
*für Masthühnerküken	1 000	879	956	959	871	946	1 105	1 019	907	944
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	825	755	862	806	752	804	907	962	878
*Milcherzeugung										
1 000 t		181	183	117	120	142	156	122	132	149
darunter *an Meiereien geliefert	%	93	94	93	92	93	94	93	92	93
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,8	12,0	7,8	7,8	9,4	10,2	8,2	8,6	10,0

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1973/74 = 10

c) Winterhalbjahr 1974/75 = 10

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt d)		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁵⁾										
*Kredite 16) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	23 133	24 984	24 432	24 438	25 583	26 409	26 885	27 186	27 651
darunter										
*Kredite 16) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	22 352	24 024	23 558	23 540	23 663	25 166	25 555	25 786	26 188
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 903	5 176	5 200	5 049	4 986	4 951	5 047	5 016	4 976
*an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	4 882	5 147	5 189	5 027	4 953	4 867	4 925	4 865	4 848
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	21	29	11	22	33	85	121	152	128
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 068	2 215	2 140	2 160	2 187	2 236	2 314	2 346	2 528
*an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	1 925	2 028	1 993	1 995	2 001	2 004	2 077	2 107	2 127
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	143	187	147	165	186	232	237	239	401
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	15 382	16 633	16 218	16 330	16 491	17 979	18 195	18 424	18 683
*an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	12 934	13 944	13 677	13 733	13 884	14 862	15 004	15 175	15 313
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 448	2 689	2 541	2 598	2 607	3 117	3 190	3 249	3 370
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁶⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	18 446	20 182	19 267	19 435	19 795	21 145	21 098	21 238	21 713
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	10 614	11 529	11 263	11 368	11 667	11 264	11 121	11 146	11 527
*von Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	6 645	7 374	7 225	7 270	7 538	7 076	7 041	7 032	7 442
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 969	4 155	4 038	4 098	4 129	4 188	4 081	4 114	4 085
*Spareinlagen	Mill. DM	7 832	8 654	8 004	8 067	8 128	9 881	9 976	10 092	10 186
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 686	5 169	4 789	4 826	4 856	5 749	5 793	5 847	5 900
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	411	469	389	418	396	534	514	581	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	380	400	351	355	336	352	418	465	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete u. mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	16	21	23	25	19	23	17	41	49
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1,3	1,9	-	-	4	-	3	1	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	437	494	543	617	471	277	304
*Wechselsumme	Mill. DM	1,541	3,945	3,864	3,135	2,594	0,788	0,799
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten		Vierteljahres- durchschnitt		3. Vj.			3. Vj.			
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 120 416	1 280 969	1 198 304	.	.	1 260 537	.	.	.
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	835 797	970 001	911 690	.	.	970 157	.	.	.
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	559 208	662 403	632 322	.	.	629 764	.	.	.
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	216 666	238 057	225 838	.	.	264 042	.	.	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	6 012	7 385	8 310	.	.	16 444	.	.	.
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	53 910	62 156	45 220	.	.	67 944	.	.	.
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	284 619	310 968	286 614	.	.	290 380	.	.	.
*Umsatzsteuer	1 000 DM	204 394	203 272	177 116	.	.	203 488	.	.	.
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	80 226	107 696	109 498	.	.	86 893	.	.	.
*Bundessteuern	1 000 DM	348 996	270 736	193 190	.	.	83 341	.	.	.
*Zölle	1 000 DM	32 028	30 437	29 063	.	.	496	.	.	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	297 488	217 634	144 858	.	.	74 681	.	.	.
*Landessteuern	1 000 DM	90 117	94 599	91 027	.	.	92 886	.	.	.
*Vermögensteuer	1 000 DM	17 100	20 526	19 870	.	.	18 273	.	.	.
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	52 241	53 875	51 604	.	.	54 701	.	.	.
*Biersteuer	1 000 DM	2 854	2 959	3 485	.	.	3 945	.	.	.
*Gemeindesteuern	1 000 DM	187 078	208 162	216 285	.	.	211 025	.	.	.
*Grundsteuer A 18)	1 000 DM	7 114	7 101	7 432	.	.	7 132	.	.	.
*Grundsteuer B 19)	1 000 DM	26 496	25 830	26 946	.	.	33 152	.	.	.
*Gewerbsteuer				
nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	121 447	140 023	145 035	.	.	133 814	.	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	15 929	17 983	18 422	.	.	18 885	.	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	889 492	878 107	760 417	.	.	733 118	.	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	331 174	382 856	358 548	.	.	383 092	.	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	185 003	195 910	180 825	.	.	237 595	.	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	24 319	28 605	27 854	.	.	29 091	.	.	.
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	698 586	775 182	734 317	.	.	712 044	.	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	389 049	452 295	424 700	.	.	453 606	.	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz 20)	1 000 DM	195 101	199 682	190 737	.	.	136 461	.	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	24 319	28 605	27 854	.	.	29 091	.	.	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	250 030	285 639	283 956	.	.	272 570	.	.	.
*Gewerbsteuer				
nach Ertrag und Kapital (netto) ²¹⁾	1 000 DM	72 809	82 811	89 327	.	.	75 633	.	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	111 589	134 689	123 379	.	.	119 726	.	.	.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970=100	112,6	144,8	146,3	146,6	146,0	143,1	144,5	145,8	...
Ausfuhrpreise	1970=100	112,3	131,4	134,8	135,2	135,3	136,6	136,8	137,1	...
Grundstoffpreise 22)	1970=100	115,3	137,4	138,6	139,6	138,6	137,6	138,7
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 22)	1970=100	114,1	129,4	131,7	132,9	133,0	135,6	136,0	136,1	136,0
landwirtschaftlicher Produkte 22)	1961/63=100	118,8 ^e	119,0 ^f	115,9	116,9	119,8	134,6 ^p	136,6 ^p	138,4	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude 23)	1962=100	187,1	200,8	.	.	203,4	207,4
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 22)	1962/63=100	139,8 ^e	148,6 ^f	144,8	146,3	147,8	154,1	155,5	156,5	...
Einzelhandelspreise	1970=100	117,0	125,9	127,3	128,4	129,6	134,2	134,6	135,0	135,4
*Preisindex für die Lebenshaltung 24)	1970=100	118,8	127,1	128,1	128,8	129,7	135,2	135,9	136,3	136,7
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	118,0	123,6	123,2	123,8	124,8	130,6	130,5	130,6	130,9
Kleidung, Schuhe	1970=100	120,7	129,7	131,4	132,3	133,6	136,3	137,0	137,6	138,0
Wohnungsmieten	1970=100	119,2	125,1	126,1	126,5	126,9	134,6	135,0	135,4	135,8
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	128,2	149,8	150,4	153,0	153,5	166,2	173,2	176,0	175,7
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	114,3	123,1	124,0	125,6	127,6	130,2	130,8	131,9	132,7
Löhne und Gehälter 25)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	402	429	.	440
darunter *Facharbeiter	DM	426	455	.	466
*weibliche Arbeiter	DM	241	273	.	282
darunter *Hilfsarbeiter	DM	232	263	.	271
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	9,11	9,85	.	10,08
darunter *Facharbeiter	DM	9,67	10,40	.	10,63
*weibliche Arbeiter	DM	5,98	6,73	.	6,93
darunter *Hilfsarbeiter	DM	5,75	6,50	.	6,68
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	44,0	43,4	.	43,6
weibliche Arbeiter	Std.	40,2	40,5	.	40,6
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 009	2 226	.	2 285
*weiblich	DM	1 355	1 512	.	1 552
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 196	2 432	.	2 489
*weiblich	DM	1 321	1 501	.	1 543
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 796	1 948	.	1 997
*weiblich	DM	1 129	1 252	.	1 285
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 708	2 193	.	2 217
weiblich	DM	1 384	1 537
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 861	2 041	.	2 094
weiblich	DM	1 184	1 322	.	1 357
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 151	2 410	.	2 463
weiblich	DM	1 325	1 502	.	1 542

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite

18) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung
19) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

20) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970

21) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

22) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

23) nur Neubau

24) alle privaten Haushalte

25) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31.12.

e) Wirtschaftsjahr 1973/74 (Juli-Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1974/75 (Juli-Juni)

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
in 1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner		in 1 000		in 1 000						
1970	2 494 ^a	7,5	14,1	13,2	2	24	1 003	115	386	215	286
1971	2 529	7,0	13,3	12,6	2	31	997	110	377	216	293
1972	2 554	6,4	11,5	12,8	- 3	24	1 006	85	395	210	317
1973	2 573	5,9	10,3	12,6	- 6	22	1 017	75	387	223	333
1974	2 583	5,8	9,9	12,4	- 7	11	1 003	65	388	214	336

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen		
	Schüler am 20. 9. 2)			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gymnasien	mit weniger als Haupt- schul- abschluß	mit Haupt- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962
								Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate	
										in 1 000
1970	249	51	50	23	42	24	11	22 878	13,7	17 438
1971	256	56	54	23	42	25	11	25 935	13,4 ^b	18 257 ^b
1972	262	61	60	22	43	24	11	28 547 ^b	10,1 ^b	18 834 ^b
1973	267	66	65	31 811 ^b	11,4 ^b	19 746 ^b
1974	267	72	69	34 752 ^c	9,2 ^c	20 399 ^c

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 5)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾			1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾			Rinder	Schweine					
	in 1 000				in 1 000						
1970	1 407	493	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565
1971	1 364	477	1 667	4 946	477	2 848	2 085	4 297	1 698	322	596
1972	1 421	498	1 598	5 012	386	2 756	2 137	4 381	1 679	264	611
1973	1 496	504	1 659	4 746	415	2 661	2 166	4 323	1 710	242	628
1974	1 507	495	1 567	4 300	481	2 815	2 196	4 397	1 929	298	637

Jahr	Industrie ⁶⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁷⁾		Energieverbrauch			Produktions- index 9) 1962=100	Beschäftigte 10) am 30. 6. in 1 000
						insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 8)	Heizöl			
	Arbeiter	in Millionen							Bruttosumme in Mill. DM			
	insgesamt	Arbeiter	in Millionen	Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE 8)	1 000 t			
in 1 000												
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	163	64
1971	191	143	279	2 084	909	14 365	1 975	312	1 124	895	169	64
1972	188	139	267	2 231	1 020	15 275	2 399	245	1 142	897	172	63
1973	187	138	267	2 503	1 170	17 234	2 904	332	1 201	952	184	63
1974	187	136	256	2 738	1 359	20 285	3 811	380	1 152	932	191	57

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen, ohne Soldaten

2) ohne integrierte Gesamtschulen, und zwar 1972 rund 1 300 Schüler, 1973 rund 1 250 Schüler, 1974 rund 1 600 Schüler

3) ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergeordneten Versandes, ohne übergeordneten Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

7) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

8) Umrechnungsfaktor für Steinkohleneinheit (SKE): Steinkohle und Steinkohlenbriketts = 1,0; Steinkohlenkoks = 0,97; Braunkohlenbriketts = 0,69

9) arbeitstäglich

10) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger

a) Ergebnis der Volkszählung vom 27.5.1970

b) vorläufige Ergebnisse

c) erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. August 1975			Bevölkerungsveränderung im August 1975			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1975	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
		in %						
FLENSBURG	93 761	- 0,1	- 1,1	- 48	- 54	- 102	27 205	24 844
KIEL	262 202	- 0,1	- 0,6	- 132	- 139	- 271	76 784	70 182
LÜBECK	232 838	- 0,1	- 1,0	- 119	- 56	- 175	64 520	58 297
NEUMÜNSTER	85 096	- 0,1	- 0,9	- 17	- 56	- 73	26 993	24 181
Dithmarschen	131 458	+ 0,1	- 0,7	- 62	133	71	47 951	37 410
Hzgt. Lauenburg	151 085	- 0,1	+ 0,2	- 60	- 104	- 164	50 013	42 454
Nordfriesland	162 323	- 0,0	- 0,3	- 49	- 25	- 74	59 664	47 615
Ostholstein	187 048	+ 0,1	+ 0,2	- 105	201	96	61 874	51 931
Pinneberg	253 021	+ 0,0	- 0,2	- 20	24	4	84 161	73 547
Plön	113 600	+ 0,1	+ 0,2	- 25	112	87	42 946	35 512
Rendsburg-Eckernförde	236 448	- 0,0	+ 0,4	- 55	51	- 4	84 336	69 287
Schleswig-Flensburg	176 959	+ 0,1	+ 0,5	- 12	197	185	68 370	54 156
Segeberg	193 980	+ 0,0	+ 1,4	- 2	90	88	74 130	62 639
Steinburg	130 759	- 0,1	- 0,8	- 59	- 85	- 144	45 764	36 944
Stormarn	174 160	+ 0,1	+ 1,6	- 32	205	173	60 762	52 866
Schleswig-Holstein	2 584 738	- 0,0	- 0,0	- 797	494	- 303	875 473	741 865

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im November 1975 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 31. 10. 1975	Beschäftigte am 31. 10. 1975	Umsatz ⁴⁾ im Oktober 1975 Mill. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLENSBURG	56	8 521	140	36	1	42
KIEL	139	28 257	319	123	4	150
LÜBECK	140	27 749	282	119	6	149
NEUMÜNSTER	73	9 653	59	57	-	70
Dithmarschen	60	6 068	181	77	5	91
Hzgt. Lauenburg	97	8 835	62	74	4	105
Nordfriesland	46	2 556	50	84	5	103
Ostholstein	78	5 752	58	113	6	147
Pinneberg	221	21 907	204	120	-	154
Plön	36	2 324	27	60	4	77
Rendsburg-Eckernförde	123	11 041	163	142	8	208
Schleswig-Flensburg	67	4 513	88	80	7	108
Segeberg	170	13 592	150	131	8	178
Steinburg	96	9 955	122	72	6	87
Stormarn	134	15 237	232	96	4	124
Schleswig-Holstein	1 536	175 960	2 139	1 384	68	1 793

1) nach dem Gebietsstand vom 31. August 1975

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. Juni 1975			Offene Stellen am 30. 9. 1975	Kuhmilcherzeugung im Oktober 1975			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 1. 8. 1975	Rindvieh am 3. 6. 1975	
		VZ 1961	30. 6. 1974						insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %								
Schleswig-Holstein	2 584	+ 11,5	+ 0,1	9	132	92,1	8,6	1 711	1 578	482
Hamburg	1 726	- 5,8	- 0,9	10	1	84,5	7,8	14	19	4
Niedersachsen	7 252	+ 9,2	- 0,1	24	261	89,4	8,4	6 253	3 172	997
Bremen	721	+ 2,1	- 0,7	4	1	80,6	7,4	7	19	4
Nordrhein-Westfalen	17 177	+ 7,9	- 0,3	67	202	93,9	9,8	4 523	1 960	650
Hessen	5 564	+ 15,6	- 0,3	23	101	85,5	10,1	1 440	946	317
Rheinland-Pfalz	3 678	+ 7,6	- 0,5	11	70	88,3	9,3	687	697	240
Baden-Württemberg	9 197	+ 18,5	- 0,4	38	210	81,4	9,7	2 166	1 829	693
Bayern	10 830	+ 13,8	- 0,2	35	602	89,3	10,1	4 220	4 735	1 962
Saarland	1 100	+ 2,6	- 0,7	3	8	85,3	10,0	68	76	27
Berlin (West)	2 004	- 8,8	- 1,4	11	0	24,2	15,5	10	2	1
Bundesgebiet	61 832	+ 10,1	- 0,3	235	1 588	88,8	9,5	21 099	15 032	5 378

Land	Industrie ¹⁾				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im August 1975			
	Beschäftigte am 31.8.1975 in 1 000	Umsatz ²⁾ im August 1975		Produk- tions- index 3) 1970=100 im August 1975	Beschäftigte am 31.8.1975		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	177	1 519	21	175 ^a	51	20	1 275	4,9	821	3,2
Hamburg	176	1 961	16	...	33	19	1 725	10,0	451	2,6
Niedersachsen	686	5 349	20	93	147	20	3 855	5,3	2 823	3,9
Bremen	97	888	22	156 ^a	16	22	256	3,5	239	3,3
Nordrhein-Westfalen	2 340	17 234	22	81	303	18	6 983	4,1	4 987	2,9
Hessen	657	4 383	23	90	107	19	3 187	5,7	991	1,8
Rheinland-Pfalz	373	3 374	27	109	70	19	1 854	5,0	976	2,7
Baden-Württemberg	1 430	9 270	23	146 ^a	190	21	4 815	5,2	4 849	5,3
Bayern	1 275	8 013	23	84	241	22	5 282	4,9	3 001	2,8
Saarland	157	1 046	30	118	17	16	465	4,2	252	2,3
Berlin (West)	202	1 365	13	...	35	18	2 204	11,0	1 703	8,5
Bundesgebiet	7 569	54 400	22	89	1 211	20	31 901	5,2	21 093	3,4

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1975			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im September 1975				Bestand an Spar- ⁷⁾ einlagen am 30.9.1975 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner						im 2. Vierteljahr 1975		
									in DM je Einwohner		
	in 1 000							in DM je Einwohner			
Schleswig-Holstein	875	742	287	1 571	57	2 039	133	3 861	282	250	120
Hamburg	534	486	281	966	18	1 228	129	6 970	502	2 419	213
Niedersachsen	2 499	2 098	289	3 807	185	5 035	137	4 651	266	251	119
Bremen	221	200	277	444	3	495	112	5 314	371	1 274	178
Nordrhein-Westfalen	5 429	4 844	282	7 804	273	10 226	135	5 369	308	440	137
Hessen	1 990	1 714	308	2 853	77	3 836	137	5 932	317	406	144
Rheinland-Pfalz	1 309	1 080	294	1 954	99	2 723	144	5 082	275	310	106
Baden-Württemberg	3 276	2 768	301	4 271	207	5 822	141	5 593	331	440	144
Bayern	3 909	3 133	289	5 305	291	7 255	142	5 823	287	315	116
Saarland	349	311	283	573	31	773	140	4 588	259	287	87
Berlin (West)	534	484	241	1 093	22	1 401	130	4 981	204	606	113
Bundesgebiet	21 011 ^b	17 898 ^b	289	30 641	1 263	40 833	137	5 386	303	445	131

* Auf dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt
4) ohne Bundespost und Bundesbahn
5) einschließlich Kombinationskraftwagen
6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen
7) ohne Postspareinlagen

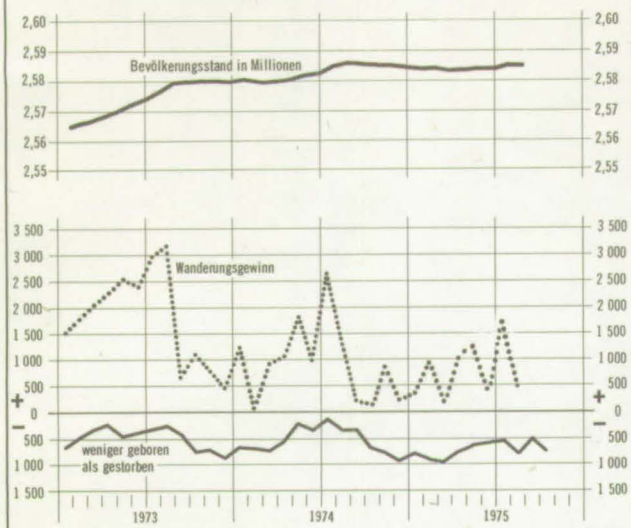
a) 1962 = 100

b) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

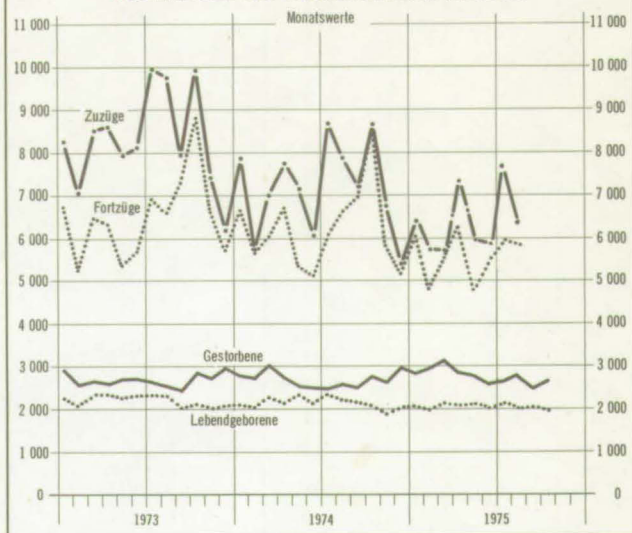
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

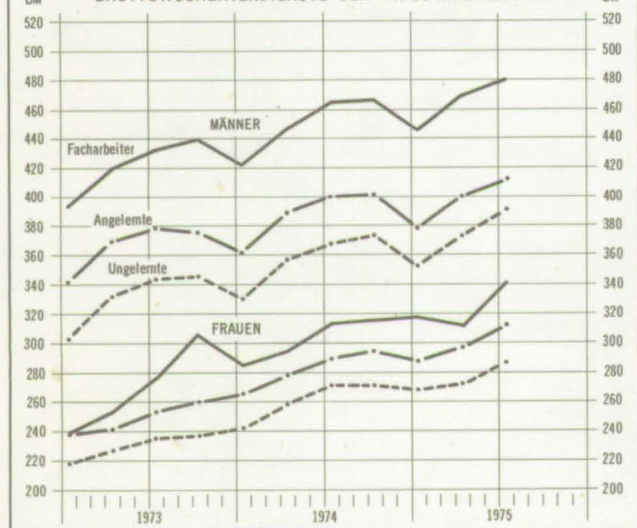
DIE BEVÖLKERUNGSZAHL UND IHRE VERÄNDERUNG



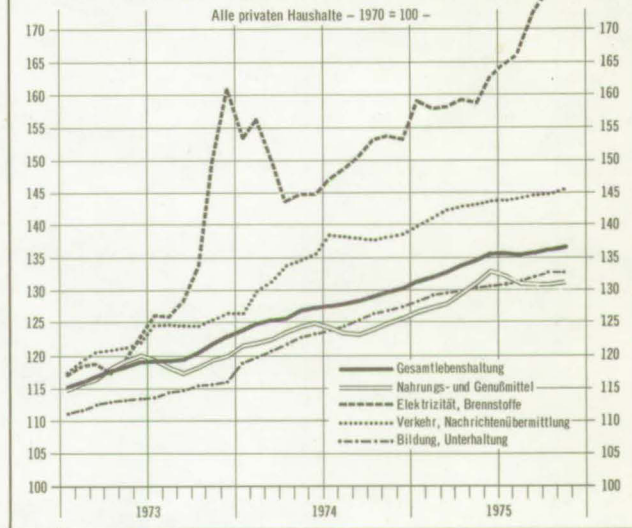
BESTANDTEILE DER BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



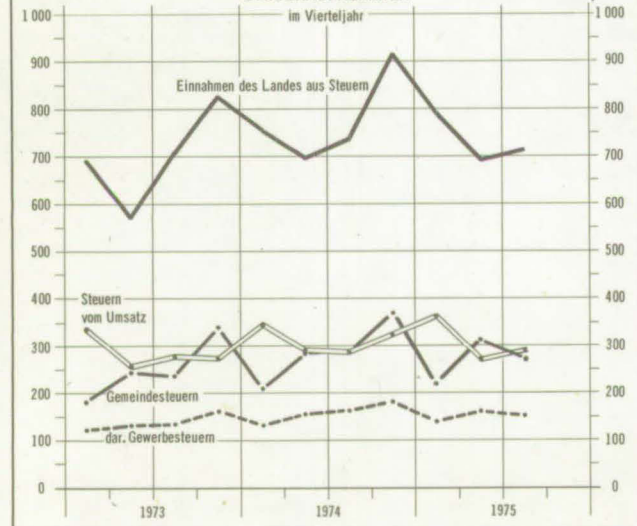
BRUTTOWOCHENVERDIENSTE DER INDUSTRIEARBEITER



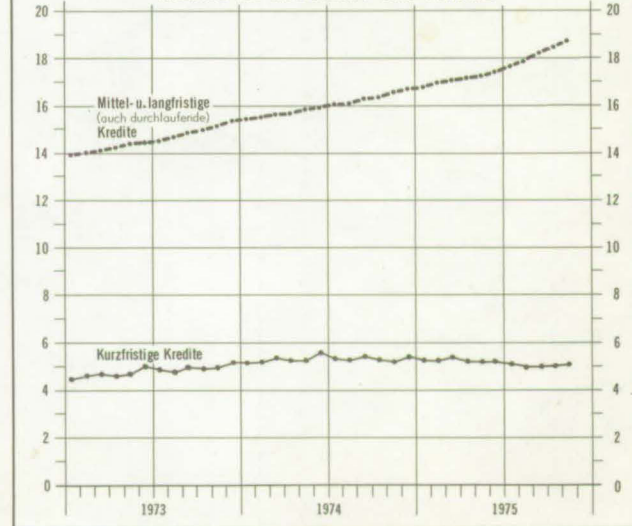
PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG IM BUNDESGE BIET

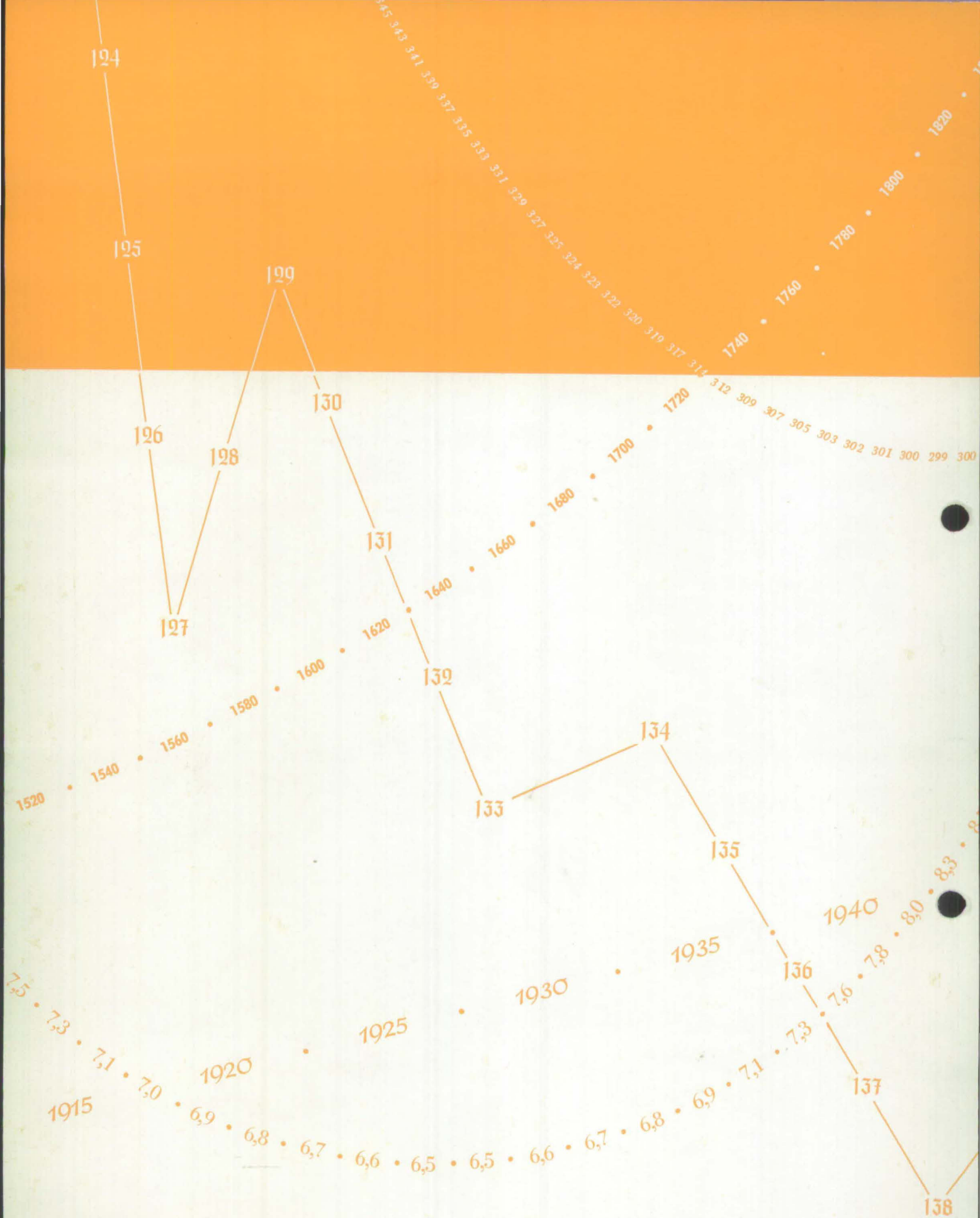


STEUERAUFKOMMEN



KREDITE AN WIRTSCHAFT UND PRIVATE





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen